

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 1,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Der Friedensschluß im Holzgewerbe	321	wegung Ungarns. — Aus den deutschen Gewerkschaften	328
Wirtschaftliche Rundschau	326	Kongresse. 17. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands	332
Gesetzgebung u. Verwaltung. Die sozialpolitische Gesetzgebung in Bulgarien 1906. — Gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit der Eisenbahner in den Vereinigten Staaten	327	Lohnbewegungen. Streiks- und Aussperrungen. — Schweden	336
Arbeiterbewegung. Die dänischen Gewerkschaften im Jahre 1906 — Die gewerkschaftliche Be-		Mittelungen. Drei neue gewerbliche Merkblätter für Arbeiter	336

### Der Friedensschluß im Holzgewerbe.

Mit der am 11. Mai vor dem Gewerbegericht in Berlin zum Abschluß gebrachten Aussperrung in der deutschen Holzindustrie ist ein gewerkschaftlicher Lohnkampf zu Ende geführt worden, dessen Bedeutung nicht nur für den Holzarbeiterverband, sondern auch für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung eine besondere Würdigung an dieser Stelle berechtigt erscheinen lassen muß.

Ihren Anfang nahm die Bewegung bekanntlich im Januar d. J. in Berlin, als der bis dahin bestandene Tarifvertrag zwischen dem Holzarbeiterverband und den Unternehmerverbänden der Holzindustrie abgelaufen war. Dieser Tarifvertrag war vor zwei Jahren gleichfalls nach einer langdauernden Aussperrung zustande gekommen. Damals war es das Bestreben des Holzarbeiterverbandes in Berlin gewesen, zur Sicherung eines auskömmlichen Lohnes der Arbeiter in den Affordwerkstätten der Tischlerei das Zugeständnis von den Arbeitgebern zu erlangen, daß neue Muster entweder in Lohn gearbeitet werden sollten, oder aber daß der Lohn für die Affordarbeit garantiert werde. Durch partielles Vorgehen war diese Forderung in einer Anzahl der in Betracht kommenden Werkstätten teils durch friedliche Verhandlungen, teils durch Werkstattstreiks bereits durchgeführt, als plötzlich die Vereinigung der Holzindustriellen sich ins Mittel legte und den Arbeitgebern die Erfüllung des Verlangens der Holzarbeiter untersagte. Ein Streik in 8 Werkstätten gab alsdann den Industriellen den Anlaß, am 3. Oktober 1904 zur allgemeinen Aussperrung der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu schreiten. Allerdings erlangte die Aussperrung nur einen geringen Umfang, nur zirka 2000 Mitglieder des Verbandes wurden insgesamt ausgesperrt, aber der Kampf dehnte sich doch auf 3½ Monate aus und kostete dem Holzarbeiterverband rund 660 000 Mk. an Unterstützung. Schließlich kam am 15. Januar 1905 der Tarifvertrag zustande, durch welchen die von den Arbeitern verlangte Lohnsicherung in bedingter Form

zugestanden wurde. Ferner wurde der paritätische Arbeitsnachweis ins Leben gerufen.

Sonstige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte dieser Vertrag den Arbeitern nicht gebracht und er wurde deshalb auch von einer starken Minorität derselben von vornherein als durchaus ungenügend erklärt, die Mehrheit nahm ihn nur unter der Bedingung an, daß nach seinem Ablauf in zwei Jahren eine entsprechende Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung einzutreten habe. Hinzu kam, daß die Abfassung des Vertrages mancherlei Mängel aufzuweisen hatte, aus welchem Grunde die Schlichtungskommission während der ganzen Vertragsdauer fortgesetzt tätig sein mußte und doch nicht alle Beschwerden der Arbeiter ihre ordnungsmäßige Erledigung finden konnten. Die Unzufriedenheit über das Vertragsverhältnis wurde also im Laufe der Zeit noch größer und blieb natürlich auch den Arbeitgebern nicht unbekannt.

Im Juni 1906 verbreitete der Vorstand der Berliner Tischlerinnung ein Flugblatt an die Meister, um dieselben zum Anschluß an den Arbeitgeber-Schutzverband zu bewegen. Zu diesem Zweck malte das Flugblatt als Schredgespenst bereits einen nach Ablauf des Vertrages kommenden Streik an die Wand und nannte als in Aussicht stehende Forderungen der Arbeiter den Achtstundentag und eine Lohnerhöhung von 10 bis 20 Proz. „Wer im Januar 1907 auf Streikentschädigung Anspruch machen will“, so führte das Flugblatt aus, „muß bis 17. Juli 1906 Mitglied der Arbeitgeberorganisation geworden sein.“

Das war der erste Kriegsruf zu dem jetzt beendeten großen Kampfe, und es ist beachtenswert, daß er nicht vom Holzarbeiterverband, sondern von Arbeitgeberseite ausging. Der Holzarbeiterverband nahm offiziell erst Ende August 1906 in einer Vertrauensmännerversammlung zur Frage der eventuellen Kündigung des Vertrages Stellung. Ein großer Teil der Mitglieder hatte den Wunsch, wegen seiner Mängel den Vertrag loszuwerden, ohne an weitergehende Forderungen zunächst zu denken.

Um einen großen Adlerlaß an den Massen des Holzarbeiterverbandes war es aber dem Arbeitgeberschutzverband in erster Linie zu tun, um die Widerstandskraft der Arbeiter herabzudrücken und so die Möglichkeit für sich zu erlangen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die nächsten Jahre einseitig zu diktieren. Die Mitglieder des Schutzverbandes, nicht nur in Berlin, sondern auch in vielen anderen Städten, waren anscheinend felsenfest überzeugt, daß ihnen jetzt die Erreichung dieses Zieles völlig sicher sei. Deshalb überboten sie sich fast in gegenseitiger Eile, die erhoffte günstige Gelegenheit auszunutzen, und so wurden dem Holzarbeiterverband in Dresden, Leipzig, Halle, Görlitz und Guben in wenigen Tagen die bestehenden Verträge vom Arbeitgeberschutzverband aufgekündigt. Gleichzeitig trat letzterer in Düsseldorf und Köln, wo es nach den letzten großen Streiks zu keinem Vertragsabschluß mehr gekommen war, nun mit dem Verlangen an den Holzarbeiterverband heran, einen neuen Vertrag einzugehen. Im anderen Falle wurde auch hier die Aussperrung angedroht, welche jedoch durch Verhandlungen, die ein die Arbeiter durchaus befriedigendes Resultat ergaben, vereitelt wurde.

Aber es lag nicht in den Plänen der Arbeitgeber, daß die Aussperrung in Berlin nun etwa solange fort dauern sollte, bis am 1. April in den anderen Städten die gekündigten Verträge abgelaufen sein würden. Daß es der Holzarbeiterverband so lange aushalten könnte, hielt man für völlig ausgeschlossen, zumal es kein Geheimnis war, daß die Massen des Verbandes durch die gewaltigen Kosten der Lohnbewegung in den letzten Jahren bereits ziemlich geschwächt waren. Trotzdem scheint dem Schutzverband das Vertrauen zu seiner eigenen Spekulation schon frühzeitig verloren gegangen zu sein, denn er unternahm bereits in der dritten Woche der Aussperrung einen weiteren Schritt gegen den Holzarbeiterverband, über den bezeichnenderweise die vielen bürgerlichen Freunde der Tarifverträge mit großer Gleichgültigkeit hinweggegangen sind. Wir meinen die am 2. Februar in Kiel und Burg plötzlich unter offenem Bruch der bestehenden Tarifverträge vorgenommene Aussperrung der Holzarbeiter. Auf diesen Vertragsbruch durch die Arbeitgeber, der unter Vorwissen und mit ausdrücklicher Billigung der Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes vor sich ging, hier näher einzugehen, würde uns zu weit abführen, statt dessen verweisen wir auf die vom Holzarbeiterverband herausgegebene Flugschrift: „Scheingründe der Arbeitgeber für die Aussperrung in Kiel und Burg“, welche darüber attemäßige Aufklärung gibt.

Da nun aber trotz alledem der Holzarbeiterverband es noch weiter aushalten konnte, so verlief der erste und auch der zweite Monat der Aussperrung, bis endlich auf Betreiben eines Arbeitgeberbeijters am Berliner Gewerbegericht wieder Verhandlungen der beiderseitigen Vertreter stattfanden. Auch bei diesen am 12. März stattgefundenen Verhandlungen lieferten die Arbeitgeber durch ihr Auftreten wieder den deutlichsten Beweis dafür, wie sehr sie geglaubt hatten, den Holzarbeiterverband schon in der Tasche zu haben. Sie lehnten neuerlich jede Verkürzung der Arbeitszeit ab, desgleichen eine prozentuale Lohnerhöhung. Bezüglich des Abschlaglohnes boten sie von 1908 ab eine Erhöhung auf 25,50 Mk., noch ein Jahr später auf

27 Mk. Den Vorschlag, dem Gewerbegericht die endgültige Entscheidung durch einen Schiedsspruch zu überlassen, lehnten sie gleichfalls ab. Als die Arbeitervertreter hierauf mit kurzen Worten die Verhandlungen als gescheitert erklärten, war es der Führer der Arbeitgeber, Herr Kahardt, der sich in seiner großen Ueberraschung über diese feste Sprache des Gegners, den er schon am Boden liegend vermeinte, zu der läppischen Drohung hinreißen ließ, daß der Arbeitgeberschutzverband nunmehr für die Zukunft die geschäftliche Form des Verkehrs mit dem Holzarbeiterverband nicht mehr hochhalten, sondern ganz andere Kampfmittel anwenden werde. Um diese „anderen“ Kampfmittel zu bestimmen, leitete der Schutzverband am 18. März eine Konferenz seiner Bezirksvorstände aus dem ganzen Reich: ab, in welcher die Aussperrung in Leipzig, Dresden, Halle, Görlitz, Guben, Oldenburg und Barmen (in Bernau und Spandau war am 1. März schon ausgesperrt worden) zum 1. April beschlossen und ein außerordentlicher Verbandstag des Schutzverbandes auf den 3. April nach Dresden anberaumt wurde.

In allen diesen Orten wurde dann auch die Aussperrung am Osterfest perfekt, wenn sie auch ebensowenig als in Berlin einen allgemeinen Umfang erlangte. So wurden in Leipzig nur rund 1000, in Dresden gar nur zirka 400 Aussperrte gezählt, obwohl der Holzarbeiterverband in beiden Städten je zirka 4500 Mitglieder hat. Auf dem außerordentlichen Verbandstag in Dresden sprachen die Schutzverbänder nichtsdestoweniger in hohen Tönen. Herr Kahardt konnte mitteilen, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft den Schutzverband in jeder Beziehung unterstützen wolle. Weiter kam der bekannte Millionenanleihebeschuß zustande, und mit gehobener Brust: „Jetzt kann unser Sieg ganz gewiß nicht ausbleiben“ zogen die Herren von Dresden wieder nach Hause. Tatsächlich haben denn auch die gesamten Unternehmerorganisationen sich eifrig für die Holzindustriellen ins Zeug gelegt. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände nahm in einer Ausschußsitzung eine Resolution an, durch welche die angehörigen Verbände und Unterverbände zu einer tatkräftigen finanziellen Hilfe für die Tischlermeister aufgerufen wurden. Gleichzeitig wurde beschlossen, auch die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu ersuchen, bei ihren Verbänden ebenfalls eine Unterstützungsaktion zugunsten des Holzgewerbes einzuleiten. Hatte doch das gesamte Unternehmertum mitsamt seinen Vorkörpern den Kampf gegen den Holzarbeiterverband von vornherein mitgeführt, namentlich als die inzwischen stattgefundenen Reichstagswahl mit dem Mißerfolg für die Sozialdemokratie geendet hatte. Jetzt gelte es, so wurde wiederholt ausgeführt, die Niederlage der Sozialdemokratie, welche sie auf politischem Gebiete erlitten, nun auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete durch rückwärtslose Niederwerfung des Holzarbeiterverbandes, dem andere Gewerkschaften folgen sollten, zu vollenden. Ohne Zweifel hat dieses Schlagwort und vielleicht auch diese — Hoffnung sowohl zur Verschärfung wie zur Verlängerung des ganzen Kampfes nicht unwesentlich beigetragen.

Daß der Holzarbeiterverband diesem allen gegenüber eine äußerst schwierige Position hatte, unterliegt keiner Frage. Er stand, wie schon gesagt,

Daher wurde in dieser Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes beauftragt, den Vertrag am 15. Oktober zu kündigen, während die Versammlung sich für den Abschluß eines neuen Vertrages nur unter der Bedingung erklärte, daß „für die Arbeiter günstigere Bedingungen, namentlich in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohngarantie vorgesehen werden.“

Die Arbeitgeber aber warteten die Kündigung des Holzarbeiterverbandes nicht ab, vielmehr traf schon vor dem Kündigungsstermin das Kündigungsschreiben der Verbände der Holzindustriellen ein, worin ausgesprochen wurde, daß man „einige Bestimmungen des bisher geltenden Vertrages abgeändert zu sehen“ wünsche. Wohin diese Wünsche der Arbeitgeber gingen, zeigen die folgenden von ihnen aufgestellten Bedingungen für den neuen Vertragsabschluß: 1. Im neuen Vertrag soll die Arbeitszeit eine einheitliche sein und alle Ausnahmen wegfallen. 2. Sogenannte bessere Bedingungen fallen weg und müssen die neu vereinbarten Löhne und Akkordpreise für alle Betriebe gelten. 3. Die Nachprüfung für einmal festgelegte Löhne und Akkordpreise soll unzulässig sein. Sie haben Gültigkeit bis zum Ablauf des Vertrages. 4. Bei Verstößen gegen den Vertrag müssen die Parteien Schadenersatz leisten. 5. Für größere Betriebe soll am Freitag Wochenschluß sein.

Mit dieser Liste ihrer Forderungen hatten die Arbeitgeber nur zu deutlich verraten, daß sie den ohnehin schon so mangelhaften seitherigen Vertrag noch weiter erheblich verschlechtern wollten. Statt einer Arbeitszeitverkürzung sollte eine Verlängerung derselben in den zahlreichen Werkstätten, die schon eine kürzere als 52stündige Arbeitszeit hatten, eintreten. Die Befugnisse der Schlichtungskommission sollten erheblich eingeschränkt und dem Holzarbeiterverband eine Verpflichtung zum Schadenersatz auferlegt werden, von welcher er selber gegenüber der anderen Partei in der Praxis nur schwer hätte Gebrauch machen können.

Gegenüber diesen Bedingungen der Arbeitgeber formulierte der Holzarbeiterverband seine Forderungen für den neuen Vertrag wie folgt:

1. Eine den zurzeit bestehenden Verhältnissen und der fortschreitenden Technik im Gewerbe entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit.

2. Regelung der Abschlagszahlung und eine mit derselben verbundene Lohnerhöhung dahingehend, daß die Mindestabschlagszahlung 27 Mk. wöchentlich beträgt. Höhere Abschlagszahlungen sind nach dem Akkordverdienst und dem Arbeitslohn der einzelnen Branchen festzulegen.

3. Präzisere Bestimmungen in bezug auf die Lohnsicherung bei Arbeiten nach neuen Mustern und nach Zeichnung.

4. Feste Lohnsätze für die Spezialbranchen.

5. Einheitliche Regelung der Entschädigung bei Montagearbeiten.

6. Schnellere Erledigung aller vorkommenden Differenzen durch die Schlichtungskommission.

7. Strikte Durchführung der Arbeitsvermittlung durch den paritätischen Arbeitsnachweis in Form einer Verpflichtung für die Unternehmer wie Arbeiter, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

8. Einsetzung von Arbeiterausschüssen in allen Werkstätten.

Die neuen Vertragsverhandlungen begannen alsdann am 1. November vor dem Ge-

werbegericht und dauerten bis in den Januar hinein. In denselben präzisierten die Arbeitervertreter die Forderungen zu 1. und 2. dahin, daß die Arbeitszeit auf 50 Stunden verkürzt und eine 10prozentige Lohnerhöhung gewährt werden sollte. Die Arbeitgeber aber lehnten von der ersten bis zur letzten Sitzung alle Forderungen glatt ab. Anfang Dezember erklärten sie, ihre Versammlung erst nochmals fragen zu müssen, ob und welche Konzessionen gemacht werden könnten. Diese Meisterversammlung fand am 11. Dezember statt, in derselben traten aber die Führer selber für die Ablehnung sämtlicher Forderungen der Arbeiter ein, indem sie ausführten, daß der Zeitpunkt des Vertragsablaufes am 15. Januar für die Arbeitgeber äußerst günstig und ihre Organisation stark genug sei, einen Kampf zu führen. Die Versammlung beschloß daher, die Forderungen seien unbegründet und durchaus unerfüllbar. Wenn die weiteren Verhandlungen kein günstigeres Resultat für die Arbeitgeber brächten, dann solle dem Holzarbeiterverband „mit vereinten Kräften entgegengetreten werden“. Gleichzeitig wurde in der Versammlung die Parole ausgegeben: „Ohne Vertrag keine Arbeit!“

Trotz dieser kategorischen Ablehnung aller Wünsche der Arbeiter setzten die Arbeitgeber, wohl nur zum Schein, die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht noch den ganzen Monat fort. Daß es ihnen nicht um den Frieden zu tun war, beweist der Umstand, daß sie schon Mitte Dezember ihre Vorbereitungen zur — Aussperrung trafen. Der Holzarbeiterverband sah sich genötigt, das Einigungsamt anzurufen, weil der Arbeitgeber-Schutzverband durch eine offizielle Publikation die Arbeitgeber aufforderte, nach Weihnachten keine Gesellen mehr einzustellen und bereits am 12. Januar, also drei Tage vor Ablauf des Vertrages, alle Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu entlassen. Das Einigungsamt, statt über diese Vertragsverletzung seitens der Arbeitgeber zu entscheiden, versuchte nochmals in mehreren Verhandlungen den Frieden zu erhalten. Aber die Vertreter der Arbeitgeber blieben bis zum Schluß auf ihrem Standpunkt, daß sie keine Zugeständnisse machen könnten. Darauf begann am 12. Januar d. J. die Aussperrung.

Am Tage der Aussperrung verkündete die gesamte bürgerliche Presse, daß 20 000 Holzarbeiter Berlins ausgesperrt seien. Das war am Sonnabend. Tatsächlich wurden jedoch am darauffolgenden Montag erst 4300 Ausgesperrte gezählt, deren Zahl bis Schluß der ersten Woche auf 6800, der zweiten Woche auf 8300 sich erhöhte. Unter diesen sind jedoch zirka 2000 Streikende mitgezählt, welche in solchen Werkstätten, wo nur teilweise ausgesperrt wurde, ihrerseits die Arbeit niedergelegt hatten. Wenn dann auch in den nächsten Wochen die Gesamtzahl der ausgesperrten resp. am Ausstand beteiligten Holzarbeiter in Berlin und seinen Vororten sich auf zirka 10 000 erhöht hat, so blieb diese Zahl dennoch zweifellos sehr weit hinter den Erwartungen der Leitung des Schutzverbandes zurück. Und der Holzarbeiterverband machte ihr noch einen Strich durch die Rechnung, indem er für die große Zahl der in Arbeit gebliebenen Mitglieder in Berlin sofort den Beitrag von 90 Pf. auf 1,90 Mk. pro Woche erhöhte, während die Ausgesperrten auf die Unterstützung in der ersten Woche Verzicht leisteten, durch welche Beschlüsse der Verband natürlich einen großen finanziellen Vorteil erlangte.

von vornherein finanziell nicht glänzend da. Am Jahreschluß 1906 betrug das gesamte Verbandsvermögen 2 332 000 Mk., wovon jedoch 1 130 000 Mk. auf die Lokalkassen entfallen. Die vorhandenen Reserven reichten also nicht aus, den über alle Maßen gesteigerten Ansprüchen an die Verbandskasse gerecht zu werden. Aber dank einer muster-gültigen Disziplin der Mitglieder gelang es dem Verbandsvorstand, zunächst die gesamte übrige Lohnbewegung auf ein angemessenes Maß zu beschränken, sodaß alle Kräfte auf die Aussperrung konzentriert werden konnten. Und als dann die Notwendigkeit sich ergab, Extrabeiträge zu leisten, da zeigten die Mitglieder des Verbandes gleichfalls in allen Teilen des Reiches eine solche rühmenswerte Opferfreudigkeit, daß es der Verbandsleitung dadurch möglich wurde, den schweren Kampf bis zu seinem jetzigen Ende ohne fremde Hilfe glücklich durchzuführen. Das will gewiß etwas heißen, wenn man bedenkt, daß der Kampf insgesamt drei Millionen Mark an Unterstützung erfordert hat.

Endlich mußte deshalb auch den Holzindustriellen die Einsicht kommen, daß alle ihre Hoffnungen auf Unterwerfung des Holzarbeiterverbandes sie getäuscht hatten. Zuerst waren es die Arbeitgeber in Dresden, welche in einer Sitzung mit den Arbeitervertretern den Antrag stellten, daß die beiderseitigen Centralvorstände zur Einleitung neuer Verhandlungen veranlaßt werden sollten. In denselben Tagen waren aber auch in Berlin von dritter Seite wieder Verhandlungen angebahnt worden, und es kam zu einer Verständigung dahin, daß beide Parteien das Einigungsamt anriefen. Dasselbe trat am 24. April zusammen und verhandelte zwei Tage mit den Parteien zunächst über die Frage der Arbeitszeitverkürzung für Berlin. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, jedoch waren aus den übrigen Aussperrungsorten Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter geladen, welche den Sitzungen als Zuhörer beiwohnten. Die Berliner Arbeitgeber lehnten auch jetzt wieder jede Verkürzung der Arbeitszeit strikte ab, sodaß eine Einigung ausgeschlossen war. So mußte das Einigungsamt sich entschließen, einen Schiedsspruch zu fällen, dessen Verkündung jedoch vorläufig hinausgeschoben wurde. Da die Arbeitgeber bei Aufnahme der Verhandlungen zur Bedingung gemacht hatten, daß der Friedensschluß für alle in Frage kommenden Städte gleichzeitig erfolgen müsse, so richtete das Einigungsamt am Abend des 25. April an die beiderseitigen Centralvorstände die Aufforderung, ihrerseits in einer gemeinsamen Sitzung zunächst zu den vorliegenden Streitfragen Stellung zu nehmen und sich über die Verhandlungen über die anderen Städte außer Berlin zu besprechen. Diesem Vorschlag stimmten beide Vorstände zu, sie traten am 26. April in Stärke von je vier Mitgliedern aus jedem Vorstand zur Verhandlung zusammen.

Nach einer allgemeinen Aussprache über die gegenseitige Stellung zu einander einigten die Vorstände sich dahin, nach Abschluß der jetzigen Verhandlungen öftere gemeinsame Sitzungen abzuhalten, um zu allgemeinen Streitfragen Stellung zu nehmen. Die erste dieser Zusammenkünfte soll schon im Juni in Eisenach stattfinden und voraussichtlich in erster Linie der Frage des Arbeitsnachweisegesetzes gelten, um, wenn möglich, ein einheitliches Regulativ aufzustellen. Aber auch über die Lohnfrage und namentlich über die Arbeitszeit

glaubt man auf dem Wege einer Klasseneinteilung aller deutschen Städte in absehbarer Zeit an die Festsetzung gewisser einheitlicher Normen herantreten zu können. Im übrigen wurde in der Sitzung völlige Uebereinstimmung beider Parteien darüber erzielt, daß Streitigkeiten in Zukunft dadurch verhütet werden sollen, daß vor Ausbruch eines Streiks oder einer Aussperrung die beiden Centralvorstände gewissermaßen als centrales Einigungsamt zur Vermittelung angerufen werden müssen. Ueber die Beilegung der gegenwärtigen Aussperrungen und Streiks verständigten die Vorstände sich dahin, aus jeder Stadt der Reihe nach eine entsprechende Anzahl Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Berlin zu berufen. Auf Vorschlag der Arbeitgeber wurde auch der seit 15 Monaten (!) andauernde Streik in Lübeck in diese Einzelverhandlungen einbezogen. Dieselben begannen am 27. April und nahmen noch zwei volle Wochen in Anspruch.

Die Verhandlungen fanden in den Räumen des Gewerbegerichts statt, und es dürfte von Interesse sein, über ihre Art und Weise einiges mitzuteilen; denn es ist unseres Wissens das erste Mal in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß derartige umfangreiche Verhandlungen an einem Orte zugleich für 15 Städte gepflogen wurden. Ueber jede Stadt wurde zunächst in einer Plenarsitzung unter Leitung der beiden von jeder Partei vorgeschlagenen Vertrauensmänner des Einigungsamtsvorsitzenden und unter Mitwirkung der beiden Centralvorstände über die Friedensbedingungen für den betreffenden Ort verhandelt. Nach Erschöpfung der Generaldebatte zogen sich dann die beiderseitigen Städtevertreter allein zurück, um unter sich zu einer Einigung zu gelangen. Diese Sonderverhandlungen in den zahlreichen Nebenräumen des Gewerbegerichts dauerten für manche Stadt drei bis vier Tage, während in der Plenarsitzung an jedem Tage zwei bis drei andere Städte zur Verhandlung gelangten. Den Parteien aus jeder Stadt wurde die Verpflichtung auferlegt, sofern sie zu keiner Einigung gelangen würden, jeweils in die Plenarsitzung zurückzukehren und die strittigen Punkte vorzutragen, worauf dann die Spezialverhandlung unter Assistenz je eines Vorstandsvertreters von beiden Seiten wieder aufgenommen resp. fortgesetzt wurden. Diejenigen Punkte, über welche auch dann noch keine Einigung zu erzielen war, wurden schließlich nochmals in der Plenarsitzung behandelt und am letzten Ende dem offiziellen Einigungsamt zur Entscheidung durch einen Schiedsspruch überwiesen. In ähnlicher Weise haben nebenher auch die Vertreter der Parteien von Berlin an vielen Tagen weiter verhandelt.

Kurz vor Schluß drohte die fast vollzogene Einigung sich nochmals völlig zu zerschlagen. Die Arbeitgeber wollten an die durch den Schiedsspruch in Aussicht gestellte Arbeitszeitverkürzung die Bedingung knüpfen, daß der Holzarbeiterverband gebunden sein sollte, nach Ablauf des neuen dreijährigen Vertrages weitere drei Jahre keine Arbeitszeitverkürzung zu beanspruchen! Dieses Ansinnen lehnten die Vertreter des Holzarbeiterverbandes natürlich rundweg ab, was zur Folge hatte, daß die zur letzten Entscheidung einberufene Sitzung des Einigungsamtes spät am Abend des 6. Mai völlig resultatlos aufgehoben werden mußte. Auf Einladung des Herrn v. Schulz traten jedoch am nächsten Tage wieder die beiden Centralvorstände zusammen, und nunmehr

zogen die Arbeitgeber ihre Bedingungen zurück und begnügten sich mit der bereits am vorhergehenden Tage vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes abgegebenen Erklärung, daß er an der ausgesprochenen Bereitwilligkeit festhalte, in gemeinsamer Beratung eine Klasseneinteilung der deutschen Städte bezüglich der Dauer der Arbeitszeit vorzunehmen, in welcher als erste Klasse Berlin mit einer 51stündigen Arbeitszeit aufgenommen wird. Diese Klasseneinteilung soll den beiderseitigen Verbandstagen zur endgültigen Genehmigung empfohlen werden.

Nach längeren erfolgreichen Verhandlungen der Vorstände konnte dann das Einigungsamt am 11. Mai wieder zusammentreten, um die noch übriggebliebenen Streitpunkte zu entscheiden. Das ist bekanntlich denn auch geschehen und der Schiedsspruch in seinem ganzen Inhalt ist durch die Tagespresse genügend bekannt geworden, sodaß wir uns darauf beschränken wollen, die hauptsächlichsten materiellen Erfolge, welche der Holzarbeiterverband durch die 13 abgeschlossenen Tarifverträge für seine Mitglieder aus den langwierigen Verhandlungen herausgeschlagen, hier noch folgen zu lassen:

für Berlin (Groß-Berlin) am 15. Februar 1909 eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden, eine sofortige Lohnerhöhung von 5 Prozent, sowie eine Erhöhung des Wochenabslags von 24 Mk. auf 25,70 Mk. sofort, auf 27 Mk. am 15. Februar 1908;

für Kiel eine Lohnerhöhung von 2 Pf. am 1. Juli d. J., von weiteren 2 Pf. am 1. April 1908, wodurch der Einheitslohn der Tischler auf 56 respektive 58 Pf., für Maschinenarbeiter auf 60 respektive 62 Pf. steigt;

für Burg eine Verkürzung der Arbeitszeit der Drechsler um 3 Stunden, so daß diese am 15. Februar 1909 der der Tischler, die 54 Stunden wöchentlich beträgt, gleichsteht, ferner für alle Arbeiter eine in zwei Terminen zu gewährende Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde und Erhöhung der Affordschläge um 7 Prozent für Tischler, bis zu 7½ Prozent für Drechsler;

für Bernau eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit (sofort) von 56 auf 54 Stunden und entsprechende Affordaufschläge; als Stundenlohn gilt der durchschnittliche Affordverdienst des betreffenden Arbeiters; sämtliches Werkzeug ist vom Unternehmer zu liefern;

für Ubed eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ab 1. April 1908 von 57 auf 56 Stunden, ab 1. April 1909 auf 55 Stunden, Erhöhung des Stundenlohns der Tischler (von 48 Pf.) auf 52 bis 56 Pf., der Drechsler um 2 Pf. pro Stunde sofort, am 1. April 1908 resp. 1909 dieselben Lohnerhöhungen wie die Tischler;

für Barren eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ab 1. Juli d. J. von 60 auf 57 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 56 Stunden und Lohnerhöhungen um 3 Pf. pro Stunde sofort, um 1 Pf. ab 1. Juli 1908 und um weitere 2 Pf. ab 15. Februar 1909;

für Dresden eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden am 15. Februar 1909, eine Lohnerhöhung um 2 Pf. pro Stunde am 1. Oktober d. J., um 1 Pf. am 15. Februar 1909; der Normallohn beträgt für Tischler und Maschinenarbeiter 50 Pf., für Bauanschläger 55 Pf., ab 1. Oktober d. J. 52 resp. 57 Pf., ab 15. Februar 1909 53 resp. 58 Pf.;

für Leipzig eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden ab 15. Februar 1909, eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pf., ferner von je 1 Pf. am 15. Februar 1908 und am 15. Februar 1909; der Mindestlohn für Tischler, Polierer, Beizer wird sofort auf 52 Pf. (bisher 48 Pf.), der der Bautischler auf 55 Pf. erhöht, der der Maschinenarbeiter auf 47 Pf., der der Drechsler auf 52 Pf.; Affordloohnerhöhungen bis zu 8 Proz.;

für Grlitz eine Verkürzung der Arbeitszeit ab 15. Februar 1908 von 57 auf 56 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 55 Stunden, Lohnerhöhungen sofort 2 Pf., ab 15. Februar 1908 weitere 2 Pf. pro Stunde, Affordloohnerhöhung um je 5 Proz. jetzt und am 15. Februar nächsten Jahres;

für Halle eine Verkürzung der Arbeitszeit sofort von 57 auf 56 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 55 Stunden,

eine Lohnerhöhung von 2 Pf. sofort, von je 1 Pf. ab 1. Mai 1908 und ab 15. Februar 1909; der Durchschnittslohn wird sofort auf 44 Pf., ab 1. Mai 1908 auf 45 Pf. erhöht;

für Guben eine Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden jetzt und auf 55 Stunden am 15. Februar 1909, eine Lohnerhöhung von 2 Pf. sofort und weitere 2 Pf. ab 15. Februar 1909, einen Durchschnittslohn von 39 Pf.;

für Spandau eine sofortige Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden und Anerkennung des Affordtarifs;

für Oldenburg eine Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden jetzt resp. auf 55 Stunden am 15. Februar 1909, Lohnerhöhungen von 2 Pf. resp. 1 Pf. pro Stunde jetzt und am 15. Februar 1909.

Bezüglich der Erhöhung der Affordtarife, wo solche in Frage kommen, ist vereinbart, daß die Beratung der Tarife in allen Städten innerhalb acht Tagen nach Ausnahme der Arbeit begonnen und baldmöglichst zu Ende geführt werden muß. Die Affordpreiserhöhungen haben alsdann rückwirkende Kraft bis zum Tage der Arbeitsaufnahme.

Arbeitseinstellungen und Aussperrungen dürfen bis zur Entscheidung der lokalen Schlichtungskommission und bevor nicht die Centralvorstände beider Organisationen entschieden haben, nicht stattfinden.

Alle Verträge laufen bis zum 15. Februar 1910, einem für die Arbeiter durchaus günstigen Termin. Der Versuch der Arbeitgeber, den 31. Dezember als Ablaufstermin zu bestimmen, wurde zurückgewiesen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate, doch bilden nicht etwa alle Verträge ein zusammenhängendes Ganzes, sondern jeder Vertrag kann für sich gekündigt werden; die Kündigung gilt aber nur, wenn sie unter Zustimmung des Centralvorstandes der Organisation ausgesprochen wird. Alle in einzelnen Betrieben schon vorhandenen günstigeren Bedingungen werden durch die Verträge ausdrücklich anerkannt und bleiben also bestehen.

So sind demnach alle Absichten und Wünsche der Arbeitgeber ganz elendiglich ins Wasser gefallen, sie haben in allen Punkten nachgeben müssen und der gesamte Erfolg der von den Unternehmern mit so großer Machtentfaltung inszenierten Bewegung ist dem Holzarbeiterverband und seinen Mitgliedern in den beteiligten Städten zugefallen. Wenn aber die Holzindustriellen sich damit zu trösten suchen, daß sie den einheitlichen Ablaufstermin für alle 13 Verträge „errungen“ haben, so mögen sie diesen Trost behalten. Sie wissen aber, daß der Holzarbeiterverband sich hiergegen gar nicht gestraubt hat, da es für ihn, der seither jährlich ungefähr 200 Verträge abgeschlossen hat, völlig unerheblich ist, ob ein Duzend mehr oder weniger davon an einem gleichen Termin zu erneuern ist. Die Hauptsache ist nur, daß der Ablaufstermin nicht in die ungünstigste Jahreszeit fällt, und diese Absicht ist, wie gesagt, den Arbeitgebern ebenfalls durchkreuzt worden.

Besonders teuer haben die Tischlermeister in Kiel und Burg ihren durch die Aussperrung bezugenen Vertragsbruch bezahlen müssen. Sie wollten den alten Vertrag zu ihren Gunsten reduzieren, und nun müssen sie im Gegenteil noch höhere Löhne gewähren. In Kiel tritt die ganze Lohnerhöhung von 4 Pf. die Stunde noch in der Zeit in Kraft, für welche eigentlich noch der alte Vertrag gegolten hätte, und die bei der Aussperrung aufgestellte Forderung, den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes anzuerkennen, mußten die Kieler Meister ganz und gar fallen lassen. Obendrein mußten sie und ihre Kollegen aus Burg erleben, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes der Leitung des Schutzverbandes in den Verhandlungen das offizielle Zugeständnis abnötigte, es

an, daß sehr bald das Ueberangebot kaum noch unterzubringen ist. Bei den unvermeidlichen schlechten Preisen schrumpft alsdann die Schweinehaltung gewöhnlich bald wieder derart zusammen, daß sich förmliche Notstandspreise herausbilden, die alsdann wieder den Umschlag in das andere Extrem einleiten. Jedoch hat der Konsument von der bisherigen Viehverbilligung noch nicht allzuviel verspürt. Die Fleischer halten im Detailverkauf die Preise weiter hoch, so daß selbst liberale Blätter anfangen, die Hilfe der kommunalen Verwaltungen anzurufen. So schreibt die bürgerlich-demokratische „Frankfurter Zeitung“, nachdem auch das „Berl. Tagebl.“ ähnliches geäußert hatte: „Man ist auf diesem Gebiet nicht mehr ohne Erfahrung. Schon früher ist hier und da versucht worden, durch kommunale Maßnahmen regulierend auf die Fleischpreisbildung einzuwirken. Man hat städtische Kommissionäre eingesetzt, deren Aufgabe es war, alles Fleisch, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde, in Fleischmarkthallen gegen eine bestimmte Provision an die Konsumenten zu verkaufen. Der Gedanke, der dieser Einrichtung zugrunde liegt, ist durchaus gesund und entwicklungsfähig; er bedarf nur einer geschickten Durchführung. . . Es wird notwendig sein, daß in dieser Richtung endlich einmal Versuche größeren Stils unternommen werden.“

Im Augenblicke, falls das Getreide dauernd im Preise hochbleiben sollte, würde demnach die Arbeiterklasse doppelt geschöpft werden — noch dazu ohne besondere Vorteile, wenigstens bis zur neuen Ernte, für die landwirtschaftliche Bevölkerung, denn das Getreide vorjähriger Ernte dürfte sich nur noch in verhältnismäßig geringen Beträgen in der ersten Hand, beim Landwirt selber, befinden.

Der Börse in allgemeinen war die Erregung auf dem internationalen Getreidemarkt gleichfalls nicht willkommen. Bei ihrer Schwäche und ihrem Erholungsbedürfnis braucht sie vor allem eine gewisse Ruhe der Entwicklung. Außerdem würde der erhöhte Aufwand der Bevölkerung für Lebensmittel unabänderlich die Massenkaufkraft für industrielle Waren und damit den Industrieabsatz einengen, und nach dieser Richtung ist man sowieso schon für die Zukunft nicht mehr besonders vertrauensselig.

Zimmerhin hält sich die Linie der Konjunktur noch immer ungefähr auf alter Höhe. Berücksichtigt man z. B. bei den, auf den ersten Blick ungünstiger erscheinenden Eisenbahntransportziffern pro April, daß im Vorjahre das Osterfest mit seinem außerordentlichen Personenverkehr auf den 15. April, in diesem Jahre jedoch auf den 31. März fiel, so ergibt sich in der preußisch-hessischen Gemeinschaft sowohl in der Personen- wie in der Güterbeförderung eine weitere namhafte Einnahmesteigerung, bei dem Güterverkehr um 11,6 Millionen Mark, gleich 12,97 Proz. In der Rechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats gab der Vorstand am 15. Mai bekannt, „daß der Brennstoffbedarf für Industriezwecke keinerlei Abschwächung befunde. Vor allem sei der Verbrauch der Eisenindustrie anhaltend äußerst stark“. Die Leitung des Stahlwerksverbandes teilte soeben der Presse mit, „daß die Gerüchte über den schlechteren Geschäftsgang beim Verbands nicht den Tatsachen entsprechen. Wenn die Abschlüsse in Formeisen zurzeit im Inlande nicht so groß wie zur gleichen Zeit in anderen Jahren seien, so liege dies daran, daß die Frage der Händlervereinigungen noch nicht im einzelnen geregelt sei. . . Im Auslande sei die Nachfrage sehr

gut, der Versand im April an Produkten A betrage 482 000 Tonnen und dieser würde noch größer gewesen sein, wenn die Werke mehr hätten leisten können. In Aufträgen und Spezifikationen fehle es nicht“. Das preußische Eisenbahnministerium, das 1904, nach der Verbandsgründung, sofort eine umfassende Vereinbarung wegen der Lieferung von Eisenbahnoberbaumaterialien bis zum 31. März 1907 abschloß, hat bereits neue Verhandlungen begonnen, denen eine erhöhte Jahresmenge von Bestellungen (wahrscheinlich 800 000 Tonnen) zugrunde liegt. Die Verhandlungen von 1904 fielen in den Beginn der jetzigen Aufschwungsperiode; der Verband erhielt deshalb einen Grundpreis von 105 Mk. für Schwellen, von 112 Mk. für Schienen. Diesmal scheint er mehr die augenblicklich herrschenden Höchstkonjunkturpreise zur mehrjährigen Norm machen zu wollen, was hoffentlich die Staatsbahnleitung energisch ablehnt. Bis zum 31. März 1908 hat übrigens das preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht weniger wie 26 502 Güterwagen in Bestellung gegeben. Darunter eine ganze Anzahl von Spezialwagen, wie sie verschiedene Gewerbszweige mehr und mehr brauchen (Fischtransportwagen, Kalkdeckel-, Hohlglas-, Kohlenrichterwagen usw.), ferner Fahrzeuge von viel größerem Umfang, wie die sechsachsigen Plattformwagen zu 45 und 60 Tonnen (45 000 und 60 000 Kilo) Ladegewicht. Ein je größerer Auftraggeber der Staat ist, desto energischer kann er das allgemeine Finanzinteresse gegen Uberteuerversuche wahren — wenn er will.

Auch im Ausland ist im großen und ganzen das Bild ein unverändert günstiges geblieben. Das englische Arbeitsamt beziffert soeben für Ende April (bei 273 berichtenden Gewerkschaften mit 619 591 Mitgliedern) die Arbeitslosen auf 3,3 Proz., gegen 3,6 Proz. Ende März 1907, und 3,7 Proz. Ende April des Vorjahres 1906. Die Lohnsteigerungen überwogen im April. In den Metallgewerben, im Maschinen- und Schiffsbau, in den Textilindustrien war durchgängig Aufschwung, dazu kam die übliche saisonweise Belebung im Baufach und in der Konfektion; nur für den Buchdruck und die Buchbinderei wird ein „leichter“ Rückgang vermerkt.

In Amerika hängt, von jeher und noch heute, ungeheuer viel vom Ernteausfall ab. Man wird hier sehr bald merken, wie weit die interessierten Darstellungen der Hausspekulanten an den Kornbörsen sich mit der entscheidenden Wirklichkeit in Einklang befinden.

Berlin, 19. Mai 1907.

Mag. Schippel.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Die sozialpolitische Gesetzgebung in Bulgarien 1906.

Die unlängst geschlossene Nationalversammlung Bulgariens hat eine Reihe die Arbeiterklasse eng berührende Gesetze beschlossen. Zugunsten der Arbeiter sind erlassen: 1. das Gesetz, betreffend Versicherung der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter, und 2. das Gesetz, betreffend Schaffung einer Arbeitsinspektion.

Der Segen des ersteren Gesetzes erstreckt sich kaum über 5000 Arbeiter in den 166 von dem Gesetz zur Förderung der nationalen Industrien geschützten Großbetriebe, während die Zahl aller Lohnarbeiter nicht unter 100 000 angeschlagen werden darf. Aber

feien vom Arbeitgeber-Schutzverband in Kiel und Burg „Formstecher“ begangen worden, die sich in Zukunft nicht wiederholen dürften.

Daß der materielle Erfolg für die Holzarbeiter aus dem jetzigen Friedensschluß durchaus nicht zu unterschätzen ist, soll noch durch folgende Zahlen belegt werden, wobei wir von den sonstigen Vorteilen ganz absehen und nur die erzielte Arbeitszeitverfängerung und Lohnerhöhung in Betracht ziehen. Nach ungefähre Schätzung der direkt und indirekt in Frage kommenden Arbeiterzahl werden in den 13 Städten zusammen 33 400 Holzarbeiter eine Arbeitszeitverfängerung erhalten, und zwar 31 200 je 1 Stunde, 1900 je 2 Stunden, 50 je 3 und 300 je 4 Stunden. Die erzielte Lohnerhöhung hingegen wird circa 33 900 Arbeitern zugute kommen, und sie beträgt durchschnittlich pro Mann und Woche 1,70 Mk., im einzelnen für circa 28 400 Arbeiter 1 bis 2 Mk. wöchentlich, für 5200 Arbeiter 2 bis 3 Mk. und für 300 über 3 Mk. wöchentlich. Dabei muß man wissen, daß in der Mehrzahl der Städte, in denen die Arbeitgeber die alten Verträge zum Zwecke der Aussperrung gekündigt hatten, die Holzarbeiter in diesem Jahre und vielleicht auch im nächsten zur Kündigung der bestehenden Verträge ihrerseits nicht geschritten wären, sondern zu den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen noch weitergearbeitet hätten.

Genug, der Holzarbeiterverband hat alle Ursache, seinerseits mit dem Friedensschluß zufrieden zu sein. Und die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird sich ein solches „Niederreiten“ auch in Zukunft gern gefallen lassen können.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Entwicklung der Getreidepreissteigerung. — Viehpreise. — Syndikate und Eisenbahnverwaltung. — England. — Amerika.

Das markanteste Ereignis der letzten Zeit war die starke Erhöhung der Getreidepreise.

Bisher hatte der internationale Getreidehandel nur mit einem preisemporetreibenden Faktor, mit der anerkannt spottschlechten letzten russischen Ernte, gerechnet. Dem standen jedoch eine ganze Reihe preisermäßigender Faktoren gegenüber: die andernwärts und zwar gerade in Deutschland guten und sehr guten Ernteerträge, die geradezu erstaunlichen Ueberschüsse Argentiniens, unter deren Andrang und Preisdruck selbst die nordamerikanische Ausfuhr litt. Allmählich aber bereitete sich ein Umschwung vor, da manche Anzeichen darauf hinwiesen, man habe die letzte Welternte und die daraus noch heute und bis zur nächsten Ernte verfügbaren Vorräte zu hoch geschätzt. Der eigentliche Wendepunkt kam mit dem Frühling und der neuen Saaten- und Beurteilung, die fast überall überraschend ungünstig ausfiel, obwohl sie natürlich stark auf unbestimmten Vermutungen und bloßen Wahrscheinlichkeiten aufgebaut ist und auch, je nach dem weiteren Verlauf des Wetters, regelmäßig starken späteren Berichtigungen unterliegt. Indes, vorläufig ist der Glaube an eine kommende heimische und internationale Zufuhrknappheit unerschütterlich und eine gutorganisierte Hausspekulation sorgt für immer neue Stärkung der willkommenen Stimmung. In Deutschland sollen große Flächen wegen Auswinterung umgepflügt worden sein; erst der strichweise Kälterückfall, dann die trockene Hitze sollen die Saat empfindlich geschädigt haben, so daß

die jetzige nässere und kühlere Witterung zum Ausgleich nicht genüge. Aus Ungarn, das bekanntlich für den Bedarf der österreichischen Reichshälfte mit unentbehrlich ist, wird ganz ähnliches gemeldet, ebenso aus Rumänien, Bulgarien, Südrußland. Für Kleinarland und die der deutschen Grenze nahen Gouvernements lautet sogar der Saatenstandbericht des Petersburger Finanzministeriums wenig tröstlich. Aus den Vereinigten Staaten ertönten ununterbrochen Klagen, erst über Frost, dann über Dürre und Insektenfraß; der am 10. Mai bekanntgegebene amtliche Maibericht spricht in der Tat von ungewöhnlichen Auswinterungen, die die Aussaat von 3½ Millionen Acres vernichtet hätten. Die Wirkungen der Hiobsposten auf den spekulierenden Großhandel häuften sich zu zuletzt tolle Szenen, des Freudenrausches der Gewinner wie des Katzenjammers der Irrenden und Verlierenden, ab. „Als — am 13. Mai — die Dollargrenze erreicht wurde, warfen die Börzenbesucher in ihrer Aufregung Hüte, Röcke und alle nur beweglichen Gegenstände wie wahnsinnig in die Luft. Sie erhoben dabei ein betäubendes Geschrei, in das die Besucher auf den Galerien einstimmten. Vor der Börse kam es nahezu zu einem gefährlichen Tumult. Das Publikum kämpfte verzweifelt, um Zutritt zu der Halle zu gewinnen. Unter dem aufgeregten Publikum befanden sich viele Farmer, die sonst um diese Zeit auf ihren Gütern zu sein pflegen. Sensationelle Depeschen aus Liverpool über die Ernteausichten im Auslande sollen die gewaltige Preissteigerung veranlaßt haben. Am Nachmittag legte sich die Erregung einigermaßen, aber die Preise schwankten immer noch fieberhaft auf und ab.“ So heißt es in einem Kabelbericht; und obwohl die Dollargrenze (100 Cents pro Bushel Weizen) nicht ganz festgehalten wurde, so muß man doch erwägen, daß Chicago am 2. Januar 76½ Cents notierte und sogar am 1. Mai noch 80½ Cents. Ähnlich notierte man in Budapest am 2. Januar Weizen mit 7,77 Kronen, noch am 2. April mit 8,29 Kronen, dann am 1. Mai mit 9, am 13. Mai mit 10,85 Kronen. Berlin begann am 2. Januar für den Roggen (Zulieferung) mit 166¼ Mk. pro Tonne (1000 Kilo), weiter stiegen dann die Preise am

1. Februar auf . . . . .	173¼ Mk.
1. März . . . . .	177 "
2. April . . . . .	175½ "
1. Mai . . . . .	186¾ "
Höchststand bisher am 13. Mai	199¾ "

Die entsprechenden Berliner Notierungen für den Weizen sind:

2. Januar . . . . .	184¼ Mk.
1. Februar . . . . .	186½ "
1. März . . . . .	189½ "
2. April . . . . .	189 "
1. Mai . . . . .	196¾ "
Höchststand bisher am 13. Mai	203¾ "

In umgekehrter Richtung bewegen sich seit geraumer Zeit die Vieh- und Fleisch-Großhandelspreise. Seit November hat hier der Rückgang gegen die ganz abnorme Feuerung der Vorperiode eingesetzt, und bei den Schweinen sind sogar mitunter wahre Schleuderpreise eingetreten. Bekanntlich bewegt sich der Schweinemarkt, bei der raschen Vermehrungsfähigkeit des begehrten Vorstüters, fast immer in heftigen Gegenätzen: eine länger dauernde Preissteigerung reizt zu allgemeiner Ausdehnung der Aufzucht und Raft derart

bu ches enthält der Bericht außer der Organisationsstatistik eine Statistik über Lohnbewegungen und Streiks, eine Darstellung der internationalen Verbindungen der Organisationen und der dadurch eingegangenen internationalen Verpflichtungen, Berichte und Statistik über die Arbeitslosigkeit, die Teilnahme an der Maifeier. Ferner sind die sozialpolitischen Begebenheiten des Berichtsjahres gewürdigt usw.

Die wirtschaftliche Konjunktur, die in den vorhergehenden Jahren eine recht gedrückte war, hat sich im Jahre 1906 bedeutend gehoben. Die von den Gewerkschaften seit 1902 aufgenommene monatliche Arbeitslosenstatistik gibt eine gute Uebersicht über die Konjunktur in den letzten Jahren. Die Statistik erstreckt sich in der Hauptsache auf sämtliche dänische Gewerkschaften, also auch die der „Sambirkende Fagforbund“ nicht angeschlossenen Organisationen, soweit sie von Bedeutung sind.

Die Zahl der ermittelten Arbeitslosen und der auf der Reise befindlichen Mitglieder in den Jahren 1902—1906 ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Monat	1902	1903	1904	1905	1906
Januar . . . . .	21857	17425	16214	19778	11260
Februar . . . . .	21943	14867	14960	16687	10025
März . . . . .	18720	11182	12659	12460	8031
April . . . . .	13515	6919	9452	8885	3800
Mai . . . . .	15347	4672	9204	8079	2625
Juni . . . . .	15650	4952	6680	6897	2316
Juli . . . . .	14095	5308	5784	6594	2806
August . . . . .	12990	5073	5895	8201	2774
September . . . . .	11580	5966	5903	6754	2969
Oktober . . . . .	12438	8690	7121	9172	3721
November . . . . .	14180	12521	9963	10104	5384
Dezember . . . . .	20155	15645	13328	12445	8606
Von d. Gewerkschaften ausgezahlte Unterst. an Reisende u. Arbeitsl., in Kr.	412271	366053	411962	461240	306863

In keinem der letzten fünf Jahre war die Arbeitslosigkeitsziffer so gering, wie im Jahre 1906. Immerhin beträgt sie auch hier im günstigsten Monat, Juni, etwa 2½ Proz. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Von dem hohen Stand der Arbeitslosenunterstützung in den dänischen Gewerkschaften geben die Zahlen über die ausgezahlten Unterstützungen in den letzten 5 Jahren, die wir am Schlusse der Tabelle anführen, ein zutreffendes Bild. Im Jahre der besten Konjunktur, 1906, wurden in 57 Organisationen mit 56 560 Mitgliedern an Arbeitslosenunterstützung 306 863 Kr. verausgabt oder pro Kopf 5,42 Kr. Immerhin eine ganz respectable Summe.

Aber diesen Leistungen der organisierten Arbeiter hat sich in Dänemark die Öffentlichkeit auf die Dauer nicht verschließen können. In Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie haben die Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren an Regierung und Parlament die Forderung auf staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen gestellt. Diese Unterstützung müsse in der Form staatlicher Zuschüsse an die Gewerkschaften gewährt werden. Eine andere Form konnte nicht in Frage kommen, da die Gewerkschaften die einzigen Organisationen sind, die sich mit der Arbeitslosenversicherung bisher

behaft haben, und sie allein besitzen Einrichtungen zur Kontrolle der Arbeitslosen. Regierung und Parlament haben nunmehr der Forderung der Gewerkschaften stattgegeben, ein Gesetz ist zustande gekommen, wonach aus Staatsmitteln 250 000 Kr. pro Jahr als Zuschüsse zu den Arbeitslosenkassen gewährt werden sollen. Die Gewerkschaften führen bereits heute besondere Bücher über das Arbeitslosenunterstützungsweesen, so daß es sich für sie nur noch darum handeln kann, gewisse Formalitäten zu erledigen. In dieser Beziehung ist seitens der „Sambirkende Fagforbund“ bereits die notwendigen Maßnahmen im Berichtsjahre getroffen bzw. vorbereitet worden, so daß die dänischen Gewerkschaften das Gesetz voll und ganz zur Geltung zu bringen gedenken.

Der dänischen Landescentrale, „De sambirkende Fagforbund“, waren im Berichtsjahre 49 Centralverbände mit 1049 Zweigvereinen und 77 451 Mitgliedern angeschlossen. Ferner gehörten der Landescentrale 12 Lokalvereine mit 630 Mitgliedern an, so daß die Gesamtmitgliederzahl der in der Landescentrale vereinigten Gewerkschaften 78 081 betrug. Außerhalb der Landescentrale standen 10 Verbände

Verband der	Zahl der Zweigvereine	Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt	Ausgabe für			Vermögensbestand am Jahresabschluss
			Arbeitslosenunterstützung	eigene Streiks	fremde Streiks	
			Stron.	Stron.	Kr.	Stron.
Arbeiterinnen . . . . .	14	1658	—	1150	1698	8959
Bäcker . . . . .	48	1715	31515	1006	1638	23931
Buchbinder . . . . .	9	722	1600	—	766	6054
Brauer . . . . .	33	2573	901	—	—	86876
Böttcher . . . . .	22	647	4657	1523	329	30300
Büchsenbinder . . . . .	8	188	260	19	90	735
Drechsler . . . . .	14	280	1391	171	97	4630
Bergolder . . . . .	5	66	101	—	84	1563
Glasarbeiter . . . . .	6	319	1725	16380	—	32645
Goldarbeiter . . . . .	5	161	417	—	114	10095
Gärtler . . . . .	6	320	1932	631	182	14000
Handschuhmacher . . . . .	2	70	34	—	56	1078
Hutmacher . . . . .	4	177	1279	126	113	1244
Beißgerber . . . . .	4	84	130	—	47	1164
Metallschleifer . . . . .	3	51	668	—	30	2133
Stellmacher . . . . .	20	448	951	261	264	9781
Seiger u. Maschinenisten	24	750	2741	336	423	15243
Porzellanarbeiter usw. . . . .	3	531	78	—	255	15422
Kupfer Schmiede . . . . .	3	101	384	—	54	1100
Storfarbeiter . . . . .	3	180	357	—	83	8328
Lithographen . . . . .	7	268	3011	—	1050	10363
Lothgerber . . . . .	10	190	1577	308	113	16290
Mühlensarbeiter . . . . .	21	308	—	—	152	3875
Papierfabrikarbeiter . . . . .	8	813	—	4290	385	8625
Seiler . . . . .	12	140	—	250	47	3570
Sattler u. Tapezierer . . . . .	33	725	6066	428	1032	26650
Sägemühlensarbeiter . . . . .	33	1532	1630	4303	617	74109
Schiffszimmerer . . . . .	6	500	800	—	276	25342
Schuhmacher . . . . .	44	2349	8054	889	1320	85241
Sautabatarbeiter . . . . .	15	347	857	465	—	21744
Schneider . . . . .	51	2800	2173	15198	676	48570
Fleischer . . . . .	34	860	2638	—	484	20552
Schmiede u. Maschinenbauer . . . . .	54	8000	91828	3831	6260	526398
Tischler . . . . .	63	3592	19594	49209	1352	167667
Tüchler . . . . .	4	74	—	—	40	532
Tüchlerwarenarbeiter . . . . .	25	3700	14972	—	1652	—
Textilarbeiter . . . . .	27	3000	16138	3283	5236	109052
Tabakarbeiter . . . . .	51	2877	40537	1156	4958	309744
Buchdrucker . . . . .	18	1000	6802	—	—	53000
Alompner . . . . .	3	119	150	—	63	21505
Steinleger . . . . .	3	198	506	—	110	7500
Elektrotechniker . . . . .	41	2590	3565	2182	1500	114314
Maler . . . . .	71	5313	4600	1899	3530	283873
Maurer . . . . .	6	159	50	—	84	2120
Steinarbeiter . . . . .	78	3855	—	8000	—	—
Zimmerleute . . . . .	4	1100	—	—	—	5545
Schiffsheizer . . . . .	5	1100	—	—	120	4461
Seelente . . . . .	175	22660	—	39118	6008	587930
Arbeitsleute . . . . .						
Gemeindearbeit. (Kopenhagen)	9	1296	—	—	710	7241
Eisenbahner . . . . .	19	4990	—	—	573	10300
Dienstmädchen . . . . .	4	625	—	—	—	—

der Minister kann den Bereich des Gesetzes erweitern, sofern es ihm nötig erscheint. Dieses führt die Invaliden-, Kranken-, Unfall- und Altersversicherung ein. Es schafft ein Berufsrisiko, indem es dem verunglückten Arbeiter die Unfallunterstützung ganz abgesehen davon gewährt, wem die Schuld für die Verletzung obliegt, ob dem Arbeiter selber, dem Zufall oder dem Arbeitgeber. Der Umfang der Pension ist auf 60 Proz. des letzten Lohnmaßes, wenn durch die Verletzung volle Arbeitsunfähigkeit eingetreten ist, und 35 Proz. — wenn nur teilweise Arbeitsunfähigkeit erfolgte, festgesetzt. Der durch vorzeitige Arbeitsunfähigkeit betroffene Arbeiter bekommt die fällige Pension von 180 Frank pro Jahr. Die Alterspension beträgt 240 Frank pro Jahr und wird vom 70. Lebensjahre ab gewährt. Die Krankenunterstützung wird für die mehr als drei Tage dauernden Erkrankungen gewährt und besteht außer den Verpflegungskosten in einer Geldunterstützung in Höhe von 35 Proz. des letzten Lohnmaßes. Die Fonds dieser Versicherungszweige werden durch die Beiträge der Unternehmer, der Arbeiter und des Staates zusammengesetzt. Um für Invalidenpension bezugsberechtigt zu sein, muß man 10 Jahre lang, für die Alterspension aber 30 Jahre Beiträge gezahlt haben.

Das zweite Gesetz fehlt darin, daß es den Arbeitern den Einfluß auf die Arbeitsinspektion erschwert. Die 10 für das ganze Land vorgesehenen, von dem Minister ernannten Inspektoren sind Staatsbeamte; dieselben müssen Universitätsbildung aufweisen und mindestens 30 Jahre alt sein.

Diesem kleinen Fortschritt gegenüber hat die Regierung eine ganze Reihe von Ausnahmegesetzen gegen die aufkommende Arbeiterbewegung geschaffen. Zunächst hat man Einschaltungen in das Strafgesetz gebracht, wonach die bei Streiks vorkommenden Ausschreitungen aufs strengste bestraft werden. Dadurch glaubt man der Streikbewegung einen Wall entgegenstellen zu können. Das Gesetz betreffend die Berufsbildung verbietet den Lehrlingen, die dieses genießen, Mitglieder jedweder Arbeitervereine zu sein und die politischen Versammlungen zu besuchen. Den Konsumgenossenschaften wurde verboten, irgendwelche Mittel von ihrem Gewinn einer politischen Partei zu geben. Den Staatsbeamten und Bediensteten wurde nicht nur das Streikrecht entzogen, sondern auch das Recht, einer politischen Partei oder einer Gewerkschaftsorganisation anzugehören. Sie dürfen künftig also nur Vereine mit geselligen Zwecken gründen. Diese Beschränkungen waren meistens gegen die Lehrervereinigung gerichtet, die mehr als die Hälfte der Berufsangehörigen (zirka 3500 ordentliche Mitglieder) umfaßt und über reiche Fonds (mehr als 100 000 Frank) verfügt. Das Gesetz hatte Rückwirkungskraft, die Vereine mußten aufgelöst werden und ihre Fonds dem Fiskus anheimfallen. Die Lehrer retteten aber ihre mühevoll erparten Mittel, indem sie dieselben einer Privatperson, kraft dem Beschluß ihres außerordentlichen vor einigen Tagen in der Eile zusammenberufenen Kongresses, zur Bewahrung übergaben. Also mutvoll nehmen die Lehrer den Kampf mit der Regierung auf.

Diese Ausnahmegesetzgebung schafft große Gereiztheit, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den bürgerlichen Fortschrittmännern. Ein Block der Oppositionsparteien gegen die Regierung ist gebildet, dem auch die weitherzigen Sozialisten beigetreten sind.

Assen Bantoff.

### Gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit der Eisenbahner in den Vereinigten Staaten.

Im März 1907 nahm das Bundesparlament zu Washington ein Gesetz an, das die Arbeitszeit der Eisenbahnbediensteten, die mit dem Zugverkehr zu tun haben, beschränkt. Es findet nur auf den zwischenstaatlichen Verkehr, den Verkehr mit dem Auslande sowie auf den Verkehr in den Territorien und im Distrikt Kolumbien Anwendung. Der § 2 erklärt, daß es für die Eisenbahntransportunternehmungen, ihre Beamten oder Beauftragten ungesetzlich ist, von einem Arbeiter\*) zu verlangen oder zu dulden, daß er länger als 16 Stunden ununterbrochen im Dienste bleibt. Ein Arbeiter, der 16 Stunden ununterbrochen beschäftigt war, muß abgelöst werden und eine mindestens zehnstündige ununterbrochene Ruhezeit haben. Wenn die Arbeitsdauer innerhalb 24 Stunden insgesamt 16 Stunden betrug, aber durch Ruhepausen unterbrochen war, so muß dem Arbeiter eine wenigstens achtfündige ununterbrochene Ruhezeit gewährt werden. Telegraphisten, Zugabfertiger und andere Bedienstete, die mittels Telegraph oder Telephon Anordnungen betreffend den Zugverkehr geben, entgegennehmen oder weiterleiten, dürfen innerhalb 24 Stunden nicht länger als 9 Stunden beschäftigt sein, vorausgesetzt, daß der Betrieb Tag und Nacht hindurch dauert, während in Stationen und Signalhäusern wo nur zur Tageszeit der Verkehr sich abwickelt, die Maximalarbeitsdauer der eben genannten Kategorien von Bediensteten 13 Stunden beträgt; in dringenden Notfällen können sie aber durch drei Tage in der Woche je vier Stunden länger im Dienst bleiben. Eine noch längere Arbeitsdauer ist nur zulässig, wenn die zwischenstaatliche Verkehrskommission (Interstate Commerce Commission) die Bewilligung gibt. Eisenbahntransportunternehmungen oder deren Beamte und Beauftragte, die von einem Arbeiter verlangen oder ihm erlauben, länger im Dienste zu bleiben als im § 2 angegeben, haben auf Grund der Bestimmungen des § 3 für jeden Fall der Gesetzesübertretung eine Geldstrafe im Höchstfalle von 500 Dollars zu zahlen. Wenn der zuständige Staatsanwalt bei Gesetzesverletzungen die Klage nicht innerhalb Jahresfrist einreicht, so tritt Verjährung ein. Der § 4 macht die Durchführung des Gesetzes der zwischenstaatlichen Verkehrskommission zur Pflicht, deren Vollmachten entsprechend erweitert werden. Die Wirksamkeit des Gesetzes beginnt mit dem 8. März 1908. — Das ist das einzige Arbeiterschutzgesetz, das vom Bundesparlament während der letzten Session geschaffen wurde; alle übrigen sozialpolitischen Entwürfe, die demselben vorlagen, blieben unerledigt. Es muß sich nun jedoch erst zeigen, ob die zwischenstaatliche Verkehrskommission faktisch in der Lage ist, die Durchführung des Maximalarbeitstages der Eisenbahner in befriedigender Weise zu überwachen; das ist mindestens recht zweifelhaft. Fhlg.

### Arbeiterbewegung.

#### Die dänischen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Der Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Dänemark für das Jahr 1906 ist vor wenigen Wochen als Bericht an die Generalversammlung der „Sambirkende Fagforbund“ (26. und 27. April in Kopenhagen) erschienen. In der Form eines Jahrs-

\*) Im Gesetze ist der Ausdruck „Employee“ angewendet.

institutionen, welche fleißige Arbeiter geschaffen haben, zu vernichten.

Die Verfolgung der an Statuten gebundenen Gewerkschaften hat zur Folge, daß die Arbeiter Ungarns begonnen haben, ihre freien, an keine Form gebundenen Organisationen auszubauen. Diese freien Organisationen bestehen darin, daß die Arbeiter um ihre Fachpresse sich gruppieren und im Geheimen Streikfonds sammeln. Diese freien Organisationen aufzulösen, ist auch für die „national-demokratische“ Regierung eine Unmöglichkeit, da hilft auch ihr reaktionäres Arsenal nichts.

Das wichtigste Ereignis für das Jahr 1906 war, daß der auf sozialdemokratischer Basis stehende Feldarbeiterverband seine Tätigkeit begonnen hat und trotz aller Verfolgungen am Ende des Jahres 24 000 Mitglieder zählte. Aber auch die Verbände gewerblicher Arbeiter haben im verflossenen Jahre riesige Fortschritte gemacht.

Im Jahre 1906 waren in Ungarn 25 Landesverbände mit 1625 Sektionen und 13 Lokalvereine der Landeszentrale angeschlossen.

Die Mitgliederzahl in den 25 Landesverbänden und 13 Lokalvereinen beträgt im Jahre 1906 153 332, davon sind 147 829 männliche und 5503 weibliche Mitglieder. Davon gehören dem Feldarbeiterverband 24 000 an, und die Organisationen der gewerblichen Arbeiter haben einen Mitgliederstand von 129 332, was gegen 71 173 im Jahre 1905 einen Mitgliederzuwachs von 58 159 oder 81,71 Proz. ausmacht. Mit den Feldarbeitern zusammen erhöhte sich die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um 115,43 Prozent.

Von den 153 332 organisierten Arbeitern entfallen allein auf Budapest 57 293, auf die Provinz 96 039.

Außer dem Feldarbeiterverband gibt es noch zwei Verbände, welche die Zahl von 20 000 übersteigen, und zwar den Bauarbeiterverband mit 24 757 Mitgliedern und den Eisen- und Metallarbeiterverband mit 21 057 Mitgliedern. Der Verband der Eisenbahnarbeiter besitzt 16 401, der Holzarbeiterverband 14 637 Mitglieder. Größeren Mitgliederstand besitzen die Organisationen der Buchdrucker, Schuhmacher, Zimmerer, Müller- und Mühlenarbeiter, sowie der Schneiderverband Ungarns.

Die stufenweise Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen für gewerbliche Arbeiter in den letzten sechs Jahren zeigt uns folgende Tabelle:

	Mitgliederstand	Prozent der gewerblichen Arbeiter
Am 31. Dezember 1901	9 999	2,39
" " " 1902	15 270	3,55
" " " 1903	41 138	9,84
" " " 1904	53 169	12,72
" " " 1905	71 173	17,03
" " " 1906	129 332	30,94

Laut dem Ergebnis der Volkszählung im Jahre 1900 gab es in Ungarn 417 959 gewerbliche Arbeiter, die das achtzehnte Lebensjahr bereits überschritten hatten. Nach diesem würde die Zahl der organisierten Arbeiter 30,90 Proz. ausmachen. Doch in Anbetracht dessen, daß seit der letzten Volkszählung sechs Jahre verfloßen sind und die Verhältnisse sich stark geändert haben, können wir auf den prozentuellen Satz kein großes Gewicht legen. Tatsache aber ist, daß die Gewerkschaften in Ungarn im Vergleich zu den ausländischen Gewerkschaften den gleichen Prozentsatz erreicht haben.

Der Mitgliederzuwachs in absoluten Zahlen und Prozenten in den letzten 5 Jahren stellt sich folgendermaßen:

Im Jahre	Mitgliederzuwachs	In Prozenten
1902	5 241	52,72
1903	25 868	169,90
1904	12 031	29,25
1905	18 004	33,86
1906	58 159	81,71

Die Einnahmen der ungarländischen Gewerkschaften haben sich mit über einer halben Million Kronen erhöht. Die Einnahmen im Jahre 1905 betragen 1 131 987,33 Kronen, im Jahre 1906 aber 1 680 059,12 Kronen. Die Steigerung der Einnahmen beträgt somit 548 071,79 Kronen. Demgegenüber sind auch die Ausgaben angewachsen, denn während im Jahre 1905 die Ausgaben bloß 878 367,10 Kronen gewesen sind, stiegen dieselben im Jahre 1906 auf 1 330 208 Kronen, was eine Mehrausgabe von 451 841,71 Kronen ausmacht.

Die Mehreinnahme jedoch in Betracht gezogen, ergibt sich dennoch ein Plus der Einnahmen von 96 230,08 Kronen. Die Einnahmen, auf sämtliche Mitglieder der Organisationen gewerblicher Arbeiter aufgeteilt, ergibt die Leistung von 13,7 Kronen pro Mitglied im Jahr.

Der Kassenumfaß stellt sich folgendermaßen:

Kassenstand am 31. Dezember 1905	896 793,46 K.
Einnahmen im Jahre 1906	1 680 059,12 "
Zusammen	2 576 852,58 K.
Summe der Gesamtausgaben	1 330 208,81 "
Kassenstand am 31. Dezember 1906	1 246 643,77 K.
Inventoryvermögen	246 903,97 "
Gesamtvermögen	1 493 547,74 K.

Detailierung der Ausgaben im Jahre 1906:

Für Arbeitslosenunterstützung	185 261,24 K.
" Reiseunterstützung	44 368,05 "
" außerordentl. Unterstützung	10 688,25 "
" Rechtsschutz	12 814,19 "
" Fachblätter und Fortbildung	174 592,03 "
" Sterbegeld und Krankenunterstützung	141 377,39 "
" Witwen-, Waisen- und Invalidenunterstützung	90 539,74 "
" Verwaltung u. Investierung	307 223,81 "
" Miete für die Kanzlei- und Vereinslokalitäten	85 462,60 "
" Agitation, Drucksachen usw.	277 881,51 "
Zusammen	1 330 208,81 K.

Die Einnahmen und Ausgaben der letzten drei Jahre stellen sich wie folgt:

	Einnahmen	Ausgaben
	Kronen	
1904	846 820,32	706 520,77
1905	1 131 987,33	878 367,10
1906	1 680 059,12	1 330 208,81
Zusammen	3 658 866,77	2 915 095,68

Diese Zahlen zeigen, daß die Gewerkschaften Ungarns im Jahre 1906 eine Riesearbeit geleistet haben. Die Zahl der organisierten Arbeiter hat 150 000 überschritten. In Ungarn ist dies eine starke Armee zur Bekämpfung des bestehenden Unrechtes und zur Erkämpfung der gleichen Menschenrechte sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet.

Budapest.

S. Jászai.

und 11 Lokalvereine mit zusammen 20 971 Mitgliedern.

Soweit die Centralverbände in Betracht kommen, geben wir in vorstehender Tabelle eine Uebersicht über deren Stärke und die hauptsächlichsten Ausgabeposten im Jahre 1906.

Zuzüglich der in der Tabelle nicht aufgeführten Lokalvereine waren in 1249 Organisationen 98 432 Arbeiter im Jahresdurchschnitt organisiert. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung betrug, wie schon oben angeführt, 306 863 Kr.; für Streiks im eigenen Berufe wurden 168 044 Kr., für fremde Streiks 47 324 Kr. verausgabt. Von der letzteren Summe entfallen 10 472 Kr. auf Streiks im Auslande. Ferner wurde an frange Mitglieder eine Unterstützung von 80 483 Kr. und an Unfallverletzte eine solche von 34 435 Kr. gezahlt. Bezüglich der Unterstützung an Unfallverletzte ist zu bemerken, daß der Maurerverband allein die Summe von 23 256 Kronen, ferner der Verband der Buchdrucker 8880 Kr. einschließlich Sterbegeld verausgabten.

Der Vermögensbestand der dänischen Gewerkschaften bezifferte sich am Jahresluß 1906 auf 3 242 483 Kr., das ist seit 1904 eine Zunahme von 450 167 Kr. Freilich ist die obige Summe nicht vollständig, da einzelne Organisationen keine Angaben über ihren Vermögensbestand gemacht haben, so daß dieser in Wirklichkeit etwas höher sein dürfte als oben angegeben. Die Tatsache, daß in den dänischen Gewerkschaften bei einem Mitgliederbestande von kaum 100 000 der Vermögensbestand 3¼ Millionen beträgt, läßt die Gewerkschaftsorganisationen der dänischen Arbeiter heute als gegen alle Eventualitäten gerüstet erscheinen.

Der guten Konjunktur entsprechend war auch das Bestreben der Gewerkschaften, für ihre Mitglieder bessere Existenzbedingungen herauszuschlagen, ein recht reges. Folgende Zusammenstellung gibt einen Uebersicht über die an Lohnbewegungen beteiligten Gewerkschaftsmitglieder in den letzten Jahren:

Beteiligte an	1903	1904	1905	1906
Lohnbewegungen ohne Streiks . . .	18214	11448	21598	36130
Streiks und Aussperrungen . . .	1215	2235	4870	3222
Summa Beteiligte . . .	19429	13683	26468	39352
Erfolge wurden erzielt für Anzahl Beteiligte	14566	9086	22342	32112

Auf den Teil des Berichts, der sich mit der Beschäftigung polnischer Arbeiter in der dänischen Landwirtschaft befaßt, werden wir bei anderer Gelegenheit eingehen. Für heute sei nur festgestellt, daß die Ausbeutung der von den dänischen Agrariern nach dorthin gelockten Polen eine ebenso grausame ist, wie die aus den ostelbischen Junkergefiliden rühmlichst bekannte.

Ueber die Teilnahme der Arbeiter an der Maifeier macht die dänische Landeszentrale seit mehreren Jahren genaue Feststellungen. Folgende Zahlen, die sich insgesamt auf 59 Orte bezw. Städte beziehen, mögen hier wiedergegeben werden. Demnach gestaltete sich die Teilnahme in den Jahren 1902—1906 folgendermaßen:

	1902	1903	1904	1905	1906
Zahl der Teilnehmer an den Festtagen . . .	26688	24306	43575	40275	44055
Zahl der Teilnehmer an den Tagesversammlungen . . .	34800	31440	62590	49800	55000
Zahl der Teilnehmer an den Abendversammlungen . . .	8300	9945	8030	13290	12101

Die niedrigere Zahl der Teilnehmer an den Abendversammlungen ist darauf zurückzuführen, daß am Abend nur Versammlungen veranstaltet werden für solche Arbeiter, die an der Tagesdemonstration nicht teilnehmen können.

Internationale Verbindungen unterhalten 39 Organisationen. Diese Verbindungen erstrecken sich natürlich in erster Linie auf Schweden und Norwegen, sodann aber auf England, Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Frankreich usw. Durch die international eingegangenen Verträge wird in erster Linie die gegenseitige freie Uebernahme der reisenden Mitglieder festgelegt, sodann aber die Reise- usw. Unterstützung geregelt. Die Unterstützung bei Streiks oder Aussperrungen ist in den meisten Fällen eine freiwillige. Indes sind bereits 8 Verträge mit fest geregelten internationalen Streikbeiträgen vorhanden. Und zwar die Verträge der Bäcker mit Schweden, der Buchbinder mit Schweden und Norwegen, der Hutmacher mit den dem internationalen Hutarbeitersekretariat angeschlossenen Landesorganisationen, der Zuckerwaren- usw. Arbeiter mit Schweden und Deutschland, der Textilarbeiter, Tabakarbeiter, Klempner mit Schweden, der Maurer mit Norwegen und Schweden.

Die Verbindung mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde auch im Vorjahre wie bisher aufrecht erhalten. Die gewerkschaftliche Landeszentrale entsandte zwei ihrer Mitglieder in den Parteivorstand und dieser wiederum zwei Mitglieder in die Landeszentrale der Gewerkschaften. Der Jahresbericht der „Samvirkende Fagforbund“ konstatiert: „dieses intime Zusammenwirken zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen innerhalb der dänischen Arbeiterpartei erweist sich fortdauernd zum Nutzen der dänischen Arbeiter“.

Erif Brunte.

### Die gewerkschaftliche Bewegung Ungarns.

Das Jahr 1906 war für die ungarländischen Arbeiter von großer Bedeutung. Der Vernichtungskrieg, den die ungarische Regierung, die Behörden und die Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen in Szene setzten, brachte seine Früchte: die Zahl der organisierten gewerblichen Arbeiter hat sich im Jahre 1906 beinahe verdoppelt.

Die jetzige reaktionäre Regierung, welche sich bekanntlich national-demokratisch nennt, bot alles auf, um den Wünschen der Unternehmer gerecht zu werden. Der Minister des Innern, Graf Julius Andrássy, erklärte wohl im Abgeordnetenhaus, daß er die Organisationen der Arbeiter unbescholten lasse, in der Praxis ist jedoch das Gegenteil geschehen. Während die Unternehmer die denkbar größte Koalitionsfreiheit besitzen, verweigerte man die Genehmigung der Statuten von Arbeiterverbänden und ordnete die Verfolgung der bereits bestehenden Organisationen an. Der Minister des Innern gab eine Verordnung heraus, welche erorbene Rechte der Arbeiter verleiht. Diese Verordnung macht den Organisationen, aber nur den Arbeiterorganisationen, zur Pflicht, ihre Statuten zu modifizieren und die Rechte ihrer Mitglieder zu beschränken, auch gibt diese Verordnung den Behörden Gelegenheit, jede Bewegung der Ortsgruppen und Sektionen einzustellen, dieselben zu suspendieren oder gänzlich aufzulösen. Und nur natürlich ist es, daß die ungarischen Behörden von dieser Verordnung Gebrauch machten, über die Arbeiterorganisationen herfielen und dahin trachteten, alle Kultur-

Der Geschäftsbericht des Vorstandes gibt wie in früheren Jahren auch diesmal wieder einleitend einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und der Berg- und Hüttenindustrie im besonderen.

Darin stimmten, sagt der Bericht, selbst die Verichte der Handelskammern und sonstigen Unternehmervereinigungen überein, daß zwei flottere Geschäftsjahre wie 1905 und 1906 die deutsche Volkswirtschaft noch nicht erlebt hat. Der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung ist aus der Produktionsstatistik der Kohlen- und Eisenindustrie ersichtlich. Diese berichtet, daß in dem ebenfalls außergewöhnlichen Hochkonjunkturjahre 1900 in Deutschland 8,5 Millionen Tonnen Roheisen hergestellt worden sind, dagegen im Jahre 1905 schon 10,9 Mill. Tonnen und 1906 sogar 12,4 Mill. Tonnen! Die deutsche Kohlenförderung (Stein- und Braunkohle) betrug im Jahre 1900 fast 150 Mill. Tonnen, 1906 aber über 193 Millionen Tonnen! Die Produktionssteigerung wäre eine noch weit größere gewesen, wenn sie nicht durch den Mangel an Eisenbahnwagen ungünstig beeinflusst worden wäre. Dadurch ist nicht nur den Werksbesitzern, sondern auch den Arbeitern ein großer Nachteil entstanden. Was infolge Wagenmangels in normalen Schichten nicht gefördert werden konnte, mußte durch Verfahren vieler Nebenschichten wieder nachgeholt werden.

Die günstige Geschäftslage trug einen internationalen Charakter. Wenn in Deutschland die am 1. März 1906 in Kraft getretenen industrie-feindlichen Handelsverträge noch nicht zur Geltung gekommen sind, so sei das darauf zurückzuführen, daß der Inlandsbedarf eine erhebliche Steigerung erfahren hat.

Die Produktion der Bergwerke und Hütten hat in Deutschland in den letzten fünf Jahren an hauptsächlichsten Produkten gefördert:

	Millionen Tonnen (runde Zahlen)				
	1906	1905	1904	1900	1896
Steinkohlen . . .	137,00	121,00	120,00	109,00	85,60
Braunkohlen . . .	56,40	52,50	48,60	40,40	26,70
Eisenerze . . .	26,70	23,40	22,00	18,90	14,10
Zinkerze . . .	0,70	0,73	0,71	0,63	0,72
Wleierze . . .	0,14	0,15	0,16	0,14	0,15
Kupfererze . . .	0,76	0,79	0,79	0,74	0,71
Steinsalz . . .	1,23	1,16	1,07	0,92	0,75
Stainit . . .	2,67	2,38	1,90	1,22	0,87
Anderer Kalisalz . . .	2,80	2,65	2,17	1,82	0,90

Es hat sich demnach im letzten Jahrzehnt die Braunkohlen- und Kalisalzförderung mehr als verdoppelt, die Eisenerzförderung ist über 80 Proz., die Steinkohlenförderung über 60 Proz. gestiegen.

Eine gleiche Entwicklung zeigt die Produktion der Hüttenwerke.

Es wurden hergestellt im deutschen Zollgebiet (Deutschland und Luxemburg):

Millionen Tonnen	1906	1905	1900	1896
Roheisen . . .	12,4	10,9	8,5	6,3
Fabrikate zum Verkauf . . .	—	12,7	9,2	7,4

Seit einigen Jahren hat sich in Deutschland ein neuer Zweig der Bergwerksindustrie überraschend ausgebreitet, die Erdölgewinnung. Allein in der Provinz Hannover, Bezirk Lüneburg, standen im Jahre 1906 schon 35 Werke mit 948 Arbeitern in Förderung.

Nach der amtlichen Statistik betrug die Gesamtwertsumme der deutschen Förderung bezw. Erzeugung an:

	1906	1905
	Millionen	Mark
Steinkohlen . . . . .	1224	1049
Braunkohlen . . . . .	131	121
Eisenerze . . . . .	102	81
Stainit . . . . .	37	33
Anderer Kalisalz . . . . .	27	26
Roheisen . . . . .	714	578

Die amtlich ermittelten Werte entsprechen nicht den eigentlichen Marktpreisen, sondern seien nur mehr oder weniger zutreffende Schätzungen. In der Regel stelle sich der Marktpreis pro Tonne um 1 Mk. höher, als der amtlich ermittelte Durchschnittswert, was zahlenmäßig belegt wird.

Welche märchenhaften Gewinne das Unternehmertum der Berg- und Hüttenindustrie erzielt, wird in einer größeren Tabelle gezeigt, der wir nur folgende Proben entnehmen.

Es erzielten Ueberschüsse:

	1906	1905
	Mk.	Mk.
Kölnener Berg- u. Altenessien . . .	3 058 810	2 344 112
Rote Erde Aachen . . . . .	7 526 529	6 324 060
Konzolidation Schalk . . . . .	5 157 272	3 825 736
Vuderus Weglar . . . . .	3 478 644	3 007 382
Königs- und Laurahütte . . . . .	8 245 256	6 590 507
Schalker Gruben und Hütten . . . . .	4 373 642	4 085 902
Ewald-Herten . . . . .	3 684 753	2 140 438
Nordstern . . . . .	5 771 957	3 742 014
Bochumer Verein . . . . .	4 375 951	3 541 553
Hohenloehütte (3/4 Jahr) . . . . .	7 326 564	6 688 267
Hibernia . . . . .	15 078 073	10 566 490
Ewald-Herten . . . . .	5 234 629	4 137 409
Harpen (1/2 Jahr) . . . . .	9 251 000	7 265 000
Donnersmardhütte (3abrze) . . . . .	3 531 887	3 539 205

Diese Ueberschüsse beweisen, daß die vielgerühmten „Lohnerhöhungen“ den Werksbesitzern nicht wehe taten, beweisen auch die Unwahrheit der Behauptung, die sozialgesetzlichen Lasten seien „erdrückend“. Wenn man in Betracht zieht, auf welche mühelose Weise die Besitzer der Aktien und Aktien zu ihrer glänzenden Kapitalverzinsung kommen, dann kann man der Forderung des Bergarbeiters, einen höheren, auskömmlichen Lohn für seine mühevollen und gefahrenreichen Tätigkeit zu erhalten, die Berechtigung nicht absprechen.

In einem umfangreichen Kapitel behandelt der Vorstandsbericht die Unternehmerorganisationen und ihre Tätigkeit. Der Ring der Unternehmer sei vollständig geschlossen. Was auch die Werksbesitzer in parteipolitischer oder religiöser Hinsicht trennen mag, in dem einen Punkte: Abwehr der Arbeiterforderungen, seien sie sich alle einig; um die Arbeiterforderungen abzuwehren, organisieren sich die Werksbesitzer einheitlich. Ob Christ oder Ungläubiger, ob Jude oder Antisemit, ob Protestant oder Katholik, die Werksbesitzer schließen sich einheitlich zusammen und lachen herzlich über die dummen Arbeiter, die sich nach konfessionellen, religiösen oder parteipolitischen Unterschieden zersplittern. Deswegen sei die Parole des Verbandes allein konsequent: Die Arbeiter müssen sich auch einheitlich organisieren, ohne Rücksicht auf die religiöse oder politische Gesinnung des einzelnen Kameraden.

Nachdem der Vorstand eine Anzahl Dokumente aus dem Lager des Unternehmertums, über die Tätigkeit der Werksbesitzerverbände und ihren Kampf

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Jahresabrechnung des Böttcherverbandes weist einen Mitgliederbestand von 8075 am Jahreschluß 1906 auf, gegen 6365 am 31. Dezember 1905. Die Jahreseinnahme betrug im letzten Jahre 189 431 Mk., der eine Jahresausgabe von 222 110 Mk. gegenübersteht. Von den Ausgaben entfallen 97 655,70 Mk. auf Unterstützung streikender Mitglieder. Das Vermögen der Hauptkasse betrug am Jahreschluß 47 648 Mk.

Die Abstimmung im Buchbinderverbände ergab die Ablehnung der vorgeschlagenen Einführung der Invalidenunterstützung. Von 11 117 männlichen und 8410 weiblichen Mitgliedern beteiligten sich an der Abstimmung 7435 männliche und 4640 weibliche Mitglieder. Davon stimmten gegen die Einführung der Invalidenunterstützung 3671 männliche und 3170 weibliche Mitglieder.

Der Vorstand des Buchbinderverbandes beruft im Einverständnis mit einer Anzahl ausländischer Bruderorganisationen eine internationale Konferenz auf den 30. Juni nach Nürnberg ein. Die für die Verhandlungen in Aussicht genommenen Fragen betreffen die Unterstützungsrichtungen der verschiedenen Verbände, die Gegenseitigkeitsverträge in bezug auf reisende und arbeitslose Mitglieder. Ferner soll über die Frage der Möglichkeit und der Form ev. gegenseitiger Unterstützung bei Lohnbewegungen verhandelt werden; desgleichen über die Frauenarbeit im Buchbindergerber und über die eventuelle Errichtung einer internationalen Zentralstelle für die koalitierten Buchbinderverbände. Die Bescheidung der Konferenz haben die Verbände in Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Dänemark, Schweden, England und Belgien zugesagt.

Die Abrechnung des Buchdruckerverbandes für das 4. Quartal 1906 ergibt einen Vermögensbestand von 5 217 413,53 Mk. Die Ausgaben für Unterstützungen betrugen im 4. Quartal 445 216,41 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 48 447.

Der Vorstand des Dachdeckerverbandes hat bis auf weiteres einen fortlaufenden Extrabeitrag von wöchentlich 50 Pf. ausgeschrieben, um die Kämpfe, die zurzeit in Berlin, Harburg und Rathenow u. a. Orten geführt werden, siegreich durchzuführen zu können. In Berlin sind 500 Dachdecker ausgesperrt.

Die 8. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins ist vom Vorstande auf den 1. September nach Dresden einberufen worden. Zur Beratung stehen u. a. folgende Fragen: Die rechtliche Stellung der Gärtner; Agitation und Organisation; Lohnbewegungen und Streiks; Tarifgemeinschaften; Beitragsfrage; Unterstützungsweisen; internationale Organisation der Gärtner; sowie weitere organisatorische Angelegenheiten.

Der Verband der Formstecher blickt nunmehr auf eine zehnjährige Organisationsstätigkeit zurück. Seine Gründung wurde Pfingsten 1897 auf einem Formstecherkongreß in Hildesheim beschlossen. Die Formstecherorganisation ist freilich älter. Bereits 1891 wurde in Einbeck ein Verband der Formstecher auf moderner Grundlage gegründet, der sich 1895 dem damaligen Verbände der Lithographen und Steindrucker angliederte.

Indes waren die Verhältnisse für die Verschmelzung damals noch nicht reif. Die Zahl der organisierten Formstecher ging stark zurück und 1897 wurde, wie oben angeführt, der Beschluß gefaßt, einen selbständigen Verband wieder ins Leben zu rufen. Dieser Verband hat erfolgreich gearbeitet, sowohl in organisatorischer Beziehung als auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Aktion. Neuerdings ist die Frage der Angliederung an den Senefelderbund bzw. den Verband der Lithographen und Steindrucker erwogen worden und der Verbandsvorstand der Formstecher befürwortet einmütig diese Fusion, für die heute ganz andere Vorbedingungen geschaffen sind als im Jahre 1895.

Eine zweite internationale Konferenz der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen der Handlungsgehilfen wird vom Vorstande des deutschen Handlungsgehilfenverbandes auf den 21. August d. J. nach Stuttgart einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Vereinigung der im Jahre 1904 gegründeten Internationalen Auskunftsstelle mit der in Genf domizilierenden, im Jahre 1900 in Paris gegründeten Fédération Internationale des Employés. Eine Vorkonferenz, die zwischen diesen beiden internationalen Centralen am 27. Januar in Brüssel stattfand, hat einen Teil der Vorarbeiten für diese Verschmelzung erledigt und wird die Genfer Organisation in Stuttgart wahrscheinlich vertreten sein.

Die Mitgliederzahl des Verbandes der Handschuhmacher betrug am Schlusse des ersten Quartals 3199.

Die Arbeitslosigkeit der Holzarbeiter im Monat April wird durch folgende Zahlen des Holzarbeiterverbandes illustriert: Berichtet hatten 720 Zahlstellen mit 148 397 Mitgliedern. Von diesen waren im Laufe des Monats 9394 arbeitslos. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt an 5285 Mitglieder für 66 163 Tage mit 126 452,37 Mk. Reiseunterstützung erhielten 6044 Mitglieder für 10 092 Tage mit 9612,51 Mk. Nicht berichtet hatten 54 Zahlstellen.

Der Portefeullerverband zählte am Schlusse des ersten Quartals 3973 Mitglieder; gegenüber dem Quartal des Vorjahres beträgt die Zunahme 328. Der Vermögensbestand belief sich auf 104 538,09 Mk.

Die Schiffszimmerer hatten am Schlusse des ersten Quartals 3687 Mitglieder. Der Vermögensbestand betrug 81 240,71 Mk.

Der Töpferverband hat soeben einen Mitgliederbestand von 12 000 erreicht.

## Kongresse.

### 17. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Dortmund, 5. bis 9. Mai 1907.

Als Tagungsort hatte die letzte Generalversammlung Bochum bestimmt; da dort jedoch kein geeignetes Versammlungslokal zu finden war, mußte Dortmund gewählt werden. Teil nahmen an der Generalversammlung 102 Delegierte, der Verbandsvorstand, Vertreter des Ausschusses, der Redaktion, der Firmenträger des Verbandsgeschäfts, der polnischen Bergarbeiter-Vereinigung und des österreichischen Bergarbeiterverbandes.

Im Jahre 1906 hatte der Verband 21 Kämpfe zu führen und zwar 15 Angriffsstreiks, 5 Abwehrstreiks und eine Aussperrung. An diese Kämpfe, von denen 9 mit vollem, 6 mit teilweisem Erfolge und 5 erfolglos endeten, waren 11 269 Personen beteiligt. Erreicht wurde für 6 383 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 38 298 Stunden und für 7 078 Personen eine Lohnerhöhung von 13 498 Mt. pro Woche. Die Gesamtausgaben der Kämpfe im Jahre 1906 betragen 651 503 Mt.

Aus eigenen Mitteln unterhielt der Verband im Jahre 1906 24 Sekretariate und Rechtsschutzbureaus, gegen 18 im Jahre 1904. Die Zahl der Rechtsfälle, in denen diese Einrichtungen den Mitgliedern Rat und Auskunft erteilten, betrug im Jahre 1904: 30 188, im Jahre 1906: 60 389.

Nach dem Kassenbericht für das Jahr 1905 hatte der Verband bei einem Kassenbestand von 1 241 817,73 Mt. in der Hauptkasse und im Zweigbureau Zwickau vom Jahre 1904 eine Gesamteinnahme von 1 620 375,42 Mt. Dieser stand eine Ausgabe gegenüber von 1 597 198,35 Mt. Darunter befinden sich unter anderem folgende Posten: Für Vergütungen an die Ortsverwaltungen 200 672,27 Mt., für Agitationen 54 852,62 Mt., für Sterbegelder 60 100 Mt., für Gemäßregelungenunterstützung 15 187,74 Mt., für Streikunterstützung 60 000 Mt., für Arbeitslosenunterstützung 3 815,80 Mt., für Krankenunterstützung (¼ Jahr) 50 382 Mt., für Rechts- und Prozeßkosten 61 326,83 Mt., für Generalversammlung, Konferenzen usw. 31 750,42 Mt., für Drucksachen, darunter Kosten für Fachzeitung 181 156,64 Mt., für Verwaltungskosten 25 711,92 Mt., für Beiträge an die Generalkommission 12 900 Mt.

Das Gesamtvermögen des Verbandes an belegten Kapitalien, Barbestand, Inventar usw. betrug Ende 1905: 1 226 445 Mt. gegen 734 901 Mt. Ende 1904.

Im Jahre 1906 hatte der Verband eine Einnahme von 2 010 166,51 Mt. der eine Ausgabe von 2 006 536,92 Mt. gegenüberstand. Unter den Ausgaben befinden sich: für Vergütung der Ortsverwaltungen 208 724,81 Mt., Verwaltungskosten 28 968,85 Mt., Agitation inklusive Kosten der Bezirksleiter 82 184,31 Mt., Generalversammlung, Konferenzen und so weiter 23 823,05 Mt., Sterbegelder 63 240 Mt., Gemäßregelungenunterstützung 27 062,51 Mt., Streikunterstützung 651 503,03 Mt., Arbeitslosenunterstützung 6 705,70 Mt., Krankenunterstützung 282 765,25 Mt., Prozeßkosten und Strafen 17 674,91 Mt., Rechtsschutz 55 260,42 Mt., Drucksachen inkl. Kosten der Fachzeitung 133 902,58 Mt., Beitrag an die Generalkommission 16 000 Mt.

Am Schluß des Jahres 1906 betrug das Verbandsvermögen 1 252 645 Mt.

An den Tätigkeits- und Kassenbericht des Vorstandes schlossen sich die Berichte des Kontrollausschusses und über die Presse. Die Diskussion über diese Berichte war eine sehr rege, ließ aber erkennen, daß der Verbandstag sich im allgemeinen im Einverständnis mit der Tätigkeit des Vorstandes und der Haltung des Verbandsorgans befand. Alle Anträge, die auf die Tätigkeit des Vorstandes bezug habend vorlagen, ebenso die Anträge, welche die von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskurse, die als eine für die Gewerkschaftsbewegung nützliche Einrichtung betrachtet wurden, betrafen, wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Den Verbandsfunktionären einschließlich der Redaktion des Verbandsorgans wurde einstimmig Decharge erteilt.

Zum Punkt Streifreglement ebent. Abänderung des Statuts lagen neben einem vollständig neuen Streifreglement, das der Vorstand ausgearbeitet hatte, eine große Anzahl Anträge vor. Das Vorstandsmitglied Waldhecker referierte und betonte, daß es das Bestreben des Verbandes sein müsse, die wilden planlosen Streiks einzudämmen und ein planvolles, wohl vorbereitetes Vorgehen in bezug auf Verbesserung der Löhne und Bekämpfung der Mißstände in den Gruben zu ermöglichen. Alle Anträge, die die Unterstützung des Verbandstages fanden, wurden, nachdem sie von den Antragstellern begründet worden waren, einer Statutenberatungskommission überwiesen, die nach beendeter Tätigkeit unter anderem empfahl, daß solche Mitglieder, die im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft krank werden, von der dritten Woche an von der Beitragspflicht befreit werden können; doch verlängert sich in diesem Falle die Karenzzeit für sämtliche Unterstützungen um die Zeit, für welche keine Beiträge gezahlt wurden.

Gemäßregelungen kann, wenn sie gezwungen sind, in ein anderes Revier zu verziehen, eine Umzugsbeihilfe gewährt werden, falls die Gemäßregelungenunterstützung noch nicht voll bezogen wurde.

Ledige Mitglieder, die alleinige Ernährer ihrer verwitweten Mutter sind, kann beim Tode derselben ebenfalls das statutarische Sterbegeld gewährt werden. Die übrigen Beschlüsse sind ohne allgemeines Interesse.

Die Streifreglementvorlage des Vorstandes wurde ohne wesentliche Aenderung angenommen.

Ueber den Stand der Gesetzgebung, welche die Bergarbeiter direkt berührt, referierte Aufderstraße und über die Sicherheit und Inspektion der Gruben, Sue. Beide Referenten übten scharfe Kritik an der Rückständigkeit der deutschen Berggesetzgebung, zeigten, daß in anderen Kulturstaaten heute schon mehr zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bergknappen geschehen sei und bewiesen an der Hand eines erdrückenden Materials die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft der Bergleute durch das Grubenkapital, die die Ursache der von Zeit zu Zeit sich wiederholenden, in jüngster Zeit aber sehr zahlreichen, erschütternden Katastrophen sei. In der Diskussion, die eine sehr rege war, wurden die Ausführungen der Referenten in wirksamer Weise ergänzt. Die Forderungen der Bergarbeiter an die Gesetzgebung wurden in folgender Resolution zusammengefaßt, die einstimmige Annahme fand:

„Die General-Versammlung erachtet zur Abstellung der begründeten Beschwerden der Bergarbeiter, zur Sicherung von Leben und Gesundheit und zur Vermeidung schwerer wirtschaftlicher Kämpfe im Bergbaubetriebe den Erlaß eines Reichsberggesetzes für dringend notwendig. Sie erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten keine wirksame Reform der Berggesetzgebung, weil in den Landtagen die Interessen der Bergarbeiter nicht genügend zur Geltung kommen. Insbesondere trifft dieses in den beiden größten Bergbaustaaten Deutschlands, in Preußen und Sachsen, zu.“

Bei den jüngst erlassenen Gesetzen sind die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter nur insoweit berücksichtigt worden, als eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen auch im Interesse der Arbeitgeber lag.

Die größten Mißstände existieren nach wie vor. Die Zahl der Betriebsunfälle ist in allen Bergbaurevieren Deutschlands fortwährend am steigen. Auch in Preußen hat nach dem Inkrafttreten der Berggesetznovelle die Zahl der Betriebsunfälle ganz enorm zugenommen.

Verlangt wird von der Reichsgesetzgebung die Anerkennung folgender Hauptforderungen:

gegen die Arbeiterorganisationen und Arbeiterforderungen bekannt gegeben, kommt er zu folgendem Urteil:

Im „Interesse des Friedens“ dürfen sich nur die Werksbesitzer organisieren, nur ihnen soll es gestattet sein, durch gemeinsame Vertreter die Interessen der einzelnen Werksbesitzer gegenüber Konsumenten, Behörden, Ministerien, Eisenbahnverwaltungen und so weiter wahrzunehmen. Aber wenn die Arbeiter und Beamten sich organisieren, auch ihre gewählten Sekretäre mit der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen beauftragen, dann wird diese „Einmischung“ „selbstverständlich“ „im Interesse des Friedens“ zurückgewiesen. Für die Werksbesitzer volle Organisationsfreiheit, für die Arbeiter volle Unfreiheit — das ist der Standpunkt der kapitalistischen Herrenmenschen.

Wenn es eines Gesetzes bedürfe „zum Schutze der Vereinsfreiheit“, so könne es nur ein Gesetz sein gegen die terroristischen Praktiken des Unternehmertums.

Im Jahre 1905 — für 1906 liegen die Zahlen noch nicht vor — waren in der deutschen Bergindustrie 661 310 Arbeiter beschäftigt, davon 468 626 unterirdisch und 181 634 männliche und 11 041 weibliche über Tage. Von der Gesamtzahl kamen 493 308 auf den Steinkohlenbergbau, 54 969 auf den Braunkohlenbergbau, 18 181 auf den Salzbergbau und 93 062 auf den Erzbergbau. Für 1906 wird aus allen Revieren eine Vermehrung der Arbeiterschaft gemeldet. Von dieser riesigen Masse waren Ende 1906 in 5 Organisationen 220 000 = rund 30 Proz. Bergleute organisiert, davon im alten Verband allein über die Hälfte.

Der Durchschnittslohn, auf die Gesamtbelegschaft berechnet, hat im preussischen Bergbau betragen:

1900 . . .	1138 Mf.	1904 . . .	1067 Mf.
1901 . . .	1076 "	1905 . . .	1071 "
1902 . . .	1006 "	1906 . . .	1211 "
1903 . . .	1047 "		

Ein erheblicher Teil dieses Lohnes ist aber vielfach nur durch Ueberschichten erzielt worden. Auf jeden Ruhrbergmann kamen 1906 321 Schichten, während das Jahr nur 300 Arbeitstage hat. Durch dieses Ueberschichtenunwesen werde die Gesundheit des Bergmannes geradezu zugrunde gerichtet. Ziehe man Ueberschichten, Mehrleistung gegen die Vorjahre und gar den Wert der Arbeitsleistung in Betracht, dann schrumpfen die „Lohnerhöhungen“ auf ein klägliches Maß herab.

Ein tieftrauriges Kapitel für den Bergmann sei der Bergarbeiterbeschütz.

Wie ungemein rasch die Unfälle im deutschen Bergbau steigen, darüber berichtet (für ganz Deutschland) die Anknappschäftsberufsgenossenschaft:

	Unfälle insgesamt angemeldet		Entschädigte Unfälle schwere	
	überhaupt	auf 1000 Arbeiter	überhaupt	pro 1000 Arbeiter
1886 . . .	22 497	65,45	873	2 265
1895 . . .	40 616	94,28	968	4 906
1900 . . .	58 471	103,48	1198	6 894
1905 . . .	81 871	126,45	1235	10 066

Weber in England und Frankreich, noch in Belgien und Oesterreich haben sich die Bergarbeiterunfälle so stark vermehrt wie in Deutschland. Diese Tatsache wirft ein sehr schlechtes Licht auf unseren Arbeiterschütz.

Nur der kleinste Teil der Opfer wird durch Rassenunglücke gefordert. 1905 sind in Deutsch-

land 10 066 schwere oder tödliche Unfälle im Bergbau vorgekommen; davon infolge Massenunglücke (von denen 10 oder mehr Personen betroffen wurden) 106! 90 Proz. aller Verunglückungen sind also „Einzelfälle“, die öffentlich kaum beachtet werden. 3 231 (über 30 Proz.) Unfälle ereigneten sich infolge Stein- und Kohlenfall.

Die meisten Unglücksfälle sind Samstags vorgekommen, also am Wochenschluß, wenn durch die lange Schufterei und viele Ueberstunden der Körper erschlafft und der Geist abgestumpft war.

Unzählige Unglücksfälle geschähen nicht, schreibt der Vorstand, wenn der Kampf um die Weltanschauung in der Arbeiterschaft aufhörte und an dessen Stelle ein entschlossener Kampf der geeinigten Bergleute gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, geführt würde. Wollten nur die Arbeitermassen einsehen, daß sie durch opferwillige Einigkeit die Werksbesitzer zu Betriebsreformen zwingen können, sehr bald würde die Selbsthilfe der Kameradschaft den Blutstrom zum Weichen gebracht haben. Von der Bergbehörde ist dieses Resultat nicht mehr zu erwarten, 20 Jahre deutscher Berginspektion haben diese Hoffnung zu Grabe getragen.

Ueber die Entwicklung des Verbandes orientiert folgende Tabelle:

	Abt. 1904			Abt. 1905			Abt. 1906		
	1904	1905	1906	1904	1905	1906	1904	1905	1906
Ruhrgebiet . . .	235	247	258	56153	78862	1738	78879	2252	
Braunschweig, Hannover, Schaumburg-Lippe		36	62	2349	2773	12	3601	10	
Hessen-Kassel, Westphalen, Provinz Sachsen, Thüringen und S. Altendurg	70	24	19		982	1	630	—	
Provinz Brandenburg	28	32	28	3688	3504	40	6371	48	
Niederschlesien . . .	13	17	18	2200	2010	20	1600	22	
Obereschlesien . . .	32	93	59	4401	4631	110	5850	115	
Burn u. linksrhein. Braunkohlengruben	18	11	20	1939	3125	68	1937	72	
Saargebiet, Lothring. Königreich Bayern . . .	9	10	9	585	499	10	851	13	
" " " " " " " "	64	73	81	8007	623	—	680	—	
Summa . . .	469	607	630	80672	105060	2474	110247	3032	

Ueber das Verhältnis des Verbandes zu den anderen Bergarbeiterorganisationen heißt es unter anderem im Bericht: Wir gehen zusammen, wo wir sie und sie uns brauchen . . . Ein höhnisches Frohlocken würde in den Reihen der Grubenausbeuter, namentlich bei den Scharfmachern, eintreten, wenn wir nicht mehr in der Lage wären, ihnen gegenüber einig vorzugehen. Unser gewerkschaftlicher Kampf gegen das geschlossene dastehende übermächtige Unternehmertum im Bergbau ist ungeheuer schwer. Ohne geschlossenes Vorgehen aller beteiligten Arbeiter ist nicht der geringste Vorteil zu erwarten.

Nach dem Bericht über die Presse betrug die Auflage der „Bergarbeiterzeitung“ 1902: 40 000, 1903: 56 000 und gegenwärtig über 113 000 Exemplare.

In das Jahr 1905 fiel der große Streik der Bergleute im Ruhrrevier. An 4 Angriffstreiks und 1 Lohnbewegung, die der Verband im Jahre 1905 zu führen hatte, waren 229 004 Arbeiter beteiligt. Von diesen Bewegungen endeten 2 mit teilweisem Erfolge, 2 erfolglos und von einer ist das Resultat unbekannt geblieben. Erreicht wurde für 3 563 Personen eine Lohnerhöhung von 7 710 Mf. pro Woche. Die Gesamtausgaben betragen 1 864 832,81 Mf.